

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 45. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 12 2010

Démocrate  Suisse
Pages 13–14

Der neue Bundesrat: Vor alten Problemen!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
SD-Ehrenpräsi-
dent, Köniz

Neue Besen kehren gut! – pflegt man zu sagen. Ob dies auch für den neu formierten Bundesrat zutreffen wird, werden die kommenden Jahre zeigen. Der missglückte Start bei der Departementsverteilung lässt zumindest Zweifel aufkommen.

Die Frage ist vorerst, ob die Damen und Herren Bundesräte – den unter den Teppich gekehrten Staub und Schmutz; – die herumliegenden Trümmer; – die Spinnweben in den dunklen Ecken

überhaupt zu erkennen vermögen und nicht einfach blindlings drauflos reagieren, statt zukunftsgerichtet zu agieren.

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Es dürfte allerdings auch schwierig sein, da sich gleichzeitig Präsidenten der grossen Parteien gegenseitig als Lügner bezeichnen.

Nicht nur das, die neue EJPD Vorsteherin wurde in der Öffentlichkeit auch schon als Lügnerin dargestellt. Schöne Aussichten!

Zudem – das neue Parteiprogramm der SP ist für die bürgerliche Schweiz die reinste Provokation und es stellt sich ernst-

haft die Frage, wie auf dieser Basis eine konstruktive, alle wesentlichen Kräfte umfassende Politik der Konkordanz weiter betrieben werden kann?

Die Aufgaben unseres Bundesrates!

Wir haben den nachstehenden Katalog vor zwei Jahren formuliert. Er ist noch immer aktuell und dringlich. Dies vor allem deshalb, weil die tieferen Ursachen der existenziellen Bedrohung unseres freiheitlichen Staates in der direkten Demokratie, dem Föderalismus und dem Subsidiaritäts-Prinzip begründet sind. Vorbilder, welche den Mächtigen unserer Zeit ein Dorn im Auge sind. Zudem sind fundamentale Irrtümer in unserer Gesellschaft wirksam, nämlich

- 1.) Der Irrglaube, Dauerwachstum von Bevölkerung und Wirtschaft sei möglich, ja unabdingbar für das Funktionieren unseres Systems.
- 2.) Der verhängnisvolle Irrglaube, die USA und die EU würden aus Aufopferungsgründen handeln und somit das Wohl unseres und aller andern Völker zur Leitlinie ihrer Politik machen.
- 3.) Der wahrhaft naive Irrglaube, das «Böse» sei in unserer Welt auf dem Rückzug und damit die Verkennung der diabolischen Einflüsse, die von der Hochfinanz und von obskuren Gesellschaften ausgehen. Damit wird der Wille zur Beherrschung aller Völker dieser Erde heruntergespielt und den zahlreichen Lakaien der «one world» Ideologen weitgehend freie Bahn für ihr Tun geschaffen.

Was also erwarten wir konkret vom neu formierten Bundesrat!

1.) Die uneingeschränkte Verteidigung unserer Interessen. Die Gross- und Mittelmächte demonstrieren seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten diese Grundhaltung. Es

Fortsetzung Seite 2



Schöne Festtage und ein gutes neues Jahr!

Im Namen der SD-Parteileitung wünschen wir allen Leserinnen und Lesern gesegnete und besinnliche Festtage. Wir danken für Ihr Interesse an unserer Partei und freuen uns, auch weiterhin auf Ihre Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat zählen zu dürfen.

Inhalt

- 3 Konsequent gegen Ausländerkriminalität vorgehen!
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Afrikaner sind die kriminellsten Ausländer!
- 7 Der Fall des Ricardo Lumengo...
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Auf dem Weg in die Bananenrepublik!
- 11 Ueli Brassler – zum Gedenken

Der neue Bundesrat: Vor alten Problemen!

Fortsetzung von Seite 1

ist nicht einzusehen, wieso der Kleinstaat – oftmals in voraus-eilendem Gehorsam – Zugeständnisse an die Mächtigen machen soll. Die diplomatische Anlehnung an «neue Freunde» in wirtschaftlicher und politischer Beziehung dürfte ruhig konsequenter geübt werden.

2.) Durchsetzung der demokratisch gefällten Entscheide des Souveräns – ohne diese den ausstehenden Kritikern (z.B. Brüssel) erklären zu wollen oder sich gar zu entschuldigen und Wege zu suchen, um derartige Entscheide nicht umsetzen zu müssen.

3.) Beharren auf dem Rechtsstandpunkt, auf gültigen Verträgen und die Einleitung von Gegenmassnahmen, wenn sich Vertragspartner aus Opportunitätsgründen an die Verträge nicht mehr halten (wollen).

4.) Anwendung von Druckmitteln, wie

- Zitierung der diplomatischen Vertreter von Ländern, die sich der Stellung unangemessener Forderungen an uns schuldig machen;

- Ausweisung von Diplomaten;

- Abbruch oder Sistierung der diplomatischen Beziehungen;

- Bezeichnung von «Personae non gratae» – es war z.B. unbegreiflich, wie ein Ed Fagan ungehindert in der Schweiz sein Unwesen treiben konnte;

- Konsequente Durchsetzung der bewaffneten Neutralität, d.h. u.a. Rückzug aus der PFP – der amerikanischen Frontorganisation – und Verweigerung irgendwelcher Militäreinsätze im Ausland.

5.) Rückweisung von Einschränkungen der Handelsbeziehungen mit Staaten, die den US-Amerikanern aus machtpolitischen Gründen missfallen – Beispiel Iran.

6.) Blockierung von Guthaben von Angehörigen jener Staaten, deren Regierung die Schweiz oder Schweizer Bürger diskriminierend behandeln. Wir erwarten eine klare Haltung zum Schutze von Christen in Staaten muslimischen oder anderer Glaubensbekenntnisse.

7.) Bedingungslose Verfolgung des Ziels, die Ernährungssouveränität des eigenen Landes sicher zu stellen. Freihandelsabkommen unter Einschluss der Agrarwirtschaft sind strikte abzulehnen. Freihandel ist an sich ein fragwürdiges Mittel der Mächtigen, um die «Kleinen» klein zu halten.

8.) Zurückweisung jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes – z.B. beim



Probleme mit kreativem Geist angehen. Dies zum Wohle unseres ganzen Volkes und nicht bloss einer finanzgeschwängerten Oberschicht.

Verbot von Lebensmitteln, die als gesundheitsgefährdend erkannt wurden. Vorurteilslose Prüfung der Gefahren der Gentechnologie, der Nanotechnologie und des gesamten Komplexes des Elektrosmog.

9.) Rückführung aller Goldreserven in die Schweiz.

10.) Konsequente Verteidigung unserer Währung – mit dem Ziel der Geldwert-Stabilität auch gegen die Interessen gewisser Konzerne.

11.) Formulierung der langfristigen Ziele für eine stabile Bevölkerungszahl und des Schutzes unserer Lebensgrundlagen; Anpassung der Migrationspolitik.

12.) Abkehr vom selbstschädigenden Aberglauben eines Dauerwachstums im materiellen Bereich.

13.) Sicherstellung des Rechts auf Meinungsäusserung – der Antirassismus-Artikel ist aus der BV zu eliminieren – die Kommission «Georg Kreis» ersatzlos aufzuheben.

14.) Ablehnung jeglicher Art der Manipulation der Bürgerschaft – durch Angstmacherei jeglicher Art;

- durch den Einsatz der «spin-doctors» durch Bundesrat und Verwaltung;

- durch die konsequente Belügung der Stimmbürger vor Sachentscheiden.

15.) Einsetzung einer Wahrheitskommission zur Prüfung

- der Wahlpropaganda auf allen Stufen;

- der Werbung für angeblich so wichtige und segensreiche Konsumgüter und pharmazeutische Produkte.

Dazu kommen drei brandaktuelle Bedrohungsfelder, auf die der Bundesrat prioritär zu reagieren hat. Es ist dies

a) unsere Staatsverschuldung im bedrohlichen Umfeld der infla-

tionierenden US-Wirtschaft, der allgemeinen Finanz- und System-Krise.

b) Die Folgen einer falschen Gesundheitspolitik mit der Gefahr, dass eine Zweiklassen-Medizin entsteht und auf dem längst erkannten Irrweg der invasiven Symptom-Bekämpfung weiter gewurstelt wird. Dies mit der Folge der Unbezahlbarkeit des öffentlichen Gesundheitswesens, aber der Goldminen-Politik der pharmazeutischen Industrie. Die Missachtung so grundlegender Erkenntnisse wie die entscheidende Bedeutung der Ernährung und die Folgen einer ungebremsten Konsum-Stimulation.

c) Die bedrohte Lage der zwei existenzsichernden Zweige der Volkswirtschaft, nämlich – der Landwirtschaft als Basis der Ernährungssouveränität und – der Armee, welche Sicherheit im eigenen Volke und die politische Selbstbehauptung zu garantieren hat.

Hierzu einige Ausführungen:

Zu a): Auch wenn immer wieder betont wird, die Verschuldung der Schweiz sei beneidenswert tief (im Verhältnis zu den offensichtlichen Sorge-Staaten der EU), so ist das Wachstum der Staatsschulden in den letzten 20 Jahren doch besorgniserregend. Dazu kommt, dass die Schulden der Immobilienbesitzer wegen des seit Jahrzehnten fehlenden Amortisationszwanges (zumindest der erststrangigen Hypotheken) und der zur Zeit rekordtiefen Zinssätze – unvernünftig hoch sind. Schätzungen gehen in die Grössenordnung von **600 bis 700 Milliarden Franken**.

Die Verpflichtungen der Sozialwerke ALV, AHV, IV und der Pensionskassen sind «Wechsel» auf die Zukunft, welche bei allem Optimis-

mus den Schlaf der «gerechten Gutmenschen» schwer stören müssten. Wehe, wenn die Zinssätze markant ansteigen sollten und/oder gar eine deflationäre Entwicklung einsetzen sollte. – Auf die Dauer lassen sich Schulden auch nicht weginflationieren, ohne dass das Vertrauen der Bürger (Sparer) in seine Währung stirbt und damit die Basis einer funktionierenden Wirtschaft wegbricht.

Und der Ausweg?

In aller Bescheidenheit sei hier auf den Aufsatz von Thorsten Polleit, Honorarprofessor für Finanzökonomie hingewiesen. Er schreibt u.a. (Zitat): **«Die Zentralbanken versuchen – mit noch mehr Kredit und Geld, bereitgestellt zu noch niedrigeren Zinsen – die heraufbeschworenen Übelstände abzuwenden.**

Das Herumkurieren an den Symptomen der Krise – die Akteure auf den Finanzmärkten noch stärker staatlichen Regeln, Geboten und Verboten zu unterwerfen – gefährdet die letzten Reste einer freien Marktordnung. Damit wird der Weg in eine interventionistische, Befehls- und Staatswirtschaft gebahnt, die die friedvolle internationale Arbeitsteilung und damit Wachstum und Beschäftigung ernsthaft gefährden kann.

Eine Reform der Geldordnung ist unausweichlich geworden, wenn es gilt, das freie Marktsystem zu erhalten. Das Reformkonzept für gutes Geld lautet «Free Banking», das Privatisieren des Geldes, so wie von den Nationalökonominnen Ludwig von Mises (1881–1973) und Murray N. Rothbard (1926–1995) vorgeschlagen wurde. Banken könnten weiterhin als Anbieter von Einlagen und Krediten auftreten. Sie würden jedoch die Geldmenge nicht mehr durch Kreditgewährung erhöhen können.

Und letztlich würde mit dem durch Rohstoff gedeckten Geld der chronisch auf Pump finanzierte Umverteilungsstaat an die Kandare gelegt, weil das Schuldenmachen in bisherigem Ausmass kaum mehr möglich wäre. Freies Marktgeld ist die beste Versicherung gegen die Unbeherrschbarkeit des staatlichen Papiergeldmonopols.»

Der deutsche Top-Manager Hans-Olaf Henkel formuliert in seinem letzten Buch **«Die Abzocker»** vierzehn Vorschläge wie das Finanzwesen unter Kontrolle zu bringen wäre. Es sei dem Bundesrat und insbesondere Frau Widmer-Schlumpf – der neuen Finanzministerin – , sowie allen Parteipräsidenten und Gewerkschaftsbossen dringend empfohlen, den Sonderdruck Nr. 3

der Schweizer Monatshefte und das Buch von Hans-Olaf Henkel sorgfältig zu studieren und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zu b): Es kann kein Zweifel bestehen: Mit der Volksgesundheit steht es nicht zum Besten! Die ausufernden Kosten für das Gesundheitswesen sind de facto ein Symptom für diese Tatsache. Man braucht nicht speziell menschenfreundlich gesinnt zu sein, so kann einem diese Tatsache den kalten Schweiß auf die Stirne treiben.

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat die Kosten im Gesundheitswesen für die Periode von 1960 bis 2000 berechnet. Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist während der vergangenen 40 Jahre stetig gewachsen. Laut den Schätzungen des BFS lagen die Kosten des Gesundheitswesens im Jahr 2000 bei 43,3 Milliarden Franken, während sie 1960 mit geschätzten 1,9 Milliarden berechnet wurden. Diese Beträge entsprechen 10,7% resp. 4,9% des jeweiligen BIP. Mit 7,3% liegt die durchschnittliche jährliche Kostensteigerung deutlich über der Steigerung der Konsumentenpreise von 3,4%. Damit liegt die reale Kostensteigerung im Gesundheitswesen in dieser Periode bei 3,9% jährlich. – Und wie die jährlichen Erhöhungen der Krankenkassen-Prämien beweisen, geht die Entwicklung praktisch ungebremst weiter. Dabei höre man auf, den Schwarzen Peter für diese Entwicklung von einem Leistungserbringer zum andern zu reichen. Es kann im Übrigen nicht vorgediskutiert werden, dass alle

Altersklassen der Bevölkerung zur ungünstigen Entwicklung beitragen, sei es durch gehäufte Unfälle, sei es durch Krankheiten. Die zahlreichen militärdienstuntauglichen Männer, die im relativ frühen Alter von 50 bis 60 Jahren invalidisierten reiferen Jahrgänge und die über 70-jährigen Greise und Greisinnen, die voll pflegebedürftig sind, zeigen das Bild eines kränklichen Volkes. **Die Lebenserwartung** hat sich zwar markant erhöht – aber um den Preis einer langen Invaliditätsphase, resp. andauernden Kosten für deren Betreuung. Angesichts der milliarden schweren Forschung im Gesundheitssektor stellt sich die Frage nach dem Nutzen oder noch schlimmer – ob wohl gewisse Kreise ein Interesse haben, das Volk krank zu halten. Ein böser Verdacht, der aber verständlich erscheint, wenn gleichzeitig eine Meldung durch die Presse geht, wonach sich Feuerwehr, Sanitätspolizei und Spitäler in Bern immer mehr auf schwer übergewichtige Menschen einrichten müssen und deshalb die Sanitätspolizei einen Schwerlastrettungswagen mit einer XXL-Bahre angeschafft habe.

Die Operationssäle des Inseleospitals seien neuerdings mit Tischen von bis zu 450 kg Arbeitslast ausgerüstet und die Ärzte müssten mit längerem Operationsbesteck arbeiten. – Gleichzeitig jagen sich die Meldungen, dass unser Volk – schon die Kinder – immer dicker und krankheitsanfälliger werde. Hier wird ein Problem sichtbar, das mit Stichworten sehr wohl angedeutet werden kann, nämlich – **Überrissener Zuckerkonsum!** In

allen denkbaren Formen wird Zucker angeboten, sei es als Kristallzucker, versteckt in Gebäck und Fertiggerichten, in Süssgetränken und alkoholischen Getränken;

– Überfütterung mit Kohlenhydraten als Folge falscher Ernährungsempfehlungen;

– Bewegungsmangel!

Beim heutigen System sind lediglich die Aktionäre und Top-Manager von Firmen wie Novartis, Roche, Nestlé, Danone und Konsorten glücklich – wir alle anderen sind direkte oder indirekte Opfer (Steuerzahler, Prämienzahler, Kranke) eines schon fast kriminell zu nennenden Systems der Desinformation und Verführung.

Zu c): Es besteht der Glaubenssatz, dass die Globalisierung der Weltwirtschaft absolut notwendig und richtig sei und dass die landwirtschaftliche Produktion = Lebensmittelproduktion, bedingungslos der industriellen Produktionsmethodik auszuliefern sei.

Was bedeutet die Umsetzung dieses dogmatisierten Glaubenssatzes?

Vorab ist festzuhalten, dass dieses Dogma von keinem vatikanischen oder anderen Konzil abgesegnet wurde, sondern aus den Teppichetagen der Hochfinanz stammen. James Goldsmith schreibt in seinem Buch «Die Falle»:

«Der freie Welthandel ist zu einer Art geheiligtem Prinzip der modernen Wirtschaftstheorie geworden, zu einem allgemein akzeptierten moralischen Dogma.»

Das höchste Ziel des freien Welthandels ist die Schaffung eines weltweiten Marktes für Güter,

Dienstleistungen, Kapital und Arbeit.

Dass damit 4 Milliarden Menschen – meist billigste Arbeitssklaven – in die Weltwirtschaft eintreten und zu direkten Konkurrenten der Lohnarbeiter der alten Industriestaaten werden, kümmert die Manager des «freien Marktes» wenig. Wichtig ist ihnen – den Kapitaleignern – lediglich, dass sie ihre Spielwiese des freien Kapitalverkehrs mit den irrationalen Gewinnansprüchen aus einem Dauerwachstum auf die ganze Welt ausdehnen können. – Dass dabei die bäuerliche Landwirtschaft in Europa und in vielen Ländern der 2. und der 3. Welt unter die Räder kommt – was soll's. Für das Agrobusiness zählt es sich aus.

Das Thema Ernährungs-Souveränität führt direkt zur Bedeutung einer schlagkräftigen Verteidigungsarmee. Die letztere – unabhängige Voraussetzung der politischen Selbstbehauptung hilft jedoch nicht weiter, wenn die Ernährungssouveränität nicht gewährleistet ist.

Die offensichtlichen Wirrungen und Vernachlässigungen beider Gebiete sind so bekannt, dass es keiner weiteren Ausführungen bedarf um zu verstehen, wieso der Schreibende beide Sachgebiete als prioritäre Aufgaben des neuen Bundesrates betrachtet. Wir können nur hoffen, der neue Bundesrat sei offen genug, um die wirklichen Probleme mit kreativem Geist anzugehen – zum Wohle unseres ganzen Volkes und nicht bloss der finanzgeschwängerten Oberschicht!

Konsequent gegen Ausländerkriminalität vorgehen!

Das Stimmvolk hat am 28. November einen klaren Auftrag erteilt. Kriminelle Ausländer sollen konsequent weggeschafft werden und ausgeschafft werden. Mit dem JA zur Ausschaffungsinitiative ist ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit getan. Die Initiative muss nun aber auch konsequent auf Gesetzesstufe umgesetzt werden. Die Schweizer Demokraten (SD) werden dabei insbesondere die Mitte-Parteien an ihre vollmundigen Versprechen erinnern, die Ausländerkriminalität «hart» zu bekämpfen. Sie haben nun den Tatbeweis zu erbringen und verlangen vom Bundesrat, dass er bis spätestens zum Sommer 2011 einen Vernehmlassungsentwurf vorlegt.

Das Abstimmungsresultat zeigt auch das grosse Unbehagen der Bevölkerung gegenüber der Einwanderungspolitik der letzten Jahre.



Sisyphusarbeit. Polizisten überprüfen einen Asylbewerber, der in Zürich Rayonverbot hat.

Die Öffnung der Grenzen, der freie Personenverkehr mit der EU und eine zu lasche Asylpolitik haben zu einer unkontrollierten Einwanderung geführt, die grosse Probleme mit sich bringt. Diesbezüglich ist klarer Handlungsbedarf angezeigt. Die Schweiz muss ihre Handlungsfähigkeit in diesem Bereich zurückerlangen. Dazu sind verschiedene Massnahmen im Bereich der Migrationspolitik zu prüfen. Die Einwanderung ist wieder verstärkt den Bedürfnissen der Einheimischen anzupassen, die Asylpolitik ist konsequent auf echte Flüchtlinge und eine Straffung der Verfahren auszurichten. Die Einbürgerungspraxis ist zu verschärfen. Von jeder Person, die in die Schweiz einwandert, ist zu erwarten, dass sie in einer Vereinbarung unsere

Verfassung und unsere Rechtsordnung respektiert. Im Weiteren hat für die SD die konsequente Bekämpfung der Kriminalität hohe Priorität. Das Strafrecht ist gerade bei schweren Delikten, für Ausländer und Schweizer, zu verschärfen. Auch hier hat die heutige Abstimmung einen klaren Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Ausdruck gebracht.

Bernhard Hess,
e. Nationalrat, Bern

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!



Nachhaltiges Unternehmen oder internationaler Rummelplatz?

Offene Fragen nach dem Alpendurchstich genannt NEAT

Am 15. Oktober 2010 erfolgte programmässig der Alpendurchstich am Gotthard, genannt mit dem Kürzel NEAT. Sicher darf die Schweiz stolz sein auf den Bau des längsten Tunnels der Welt; eine Abweichung von nur wenigen Zentimetern über eine so lange Strecke ist eine Höchstleistung! Im Anschluss an dieses Ereignis stellen sich aber manche Fragen. Ist dies der erste Akt eines umweltschonenden Unternehmens oder der Umwandlung des Gotthardmassivs in einen internationalen Rummelplatz, wie er etwa überall auf der Erde im Entstehen begriffen ist? An sich sind die Absichten ja edel: die wachsenden Transporte von Wirtschaftsgütern auf der Strasse sollen auf die Schiene verlagert werden, womit die Umwelt von noch mehr Asphalt, Abgasen und Lärm verschont würde. Bereits sind jedoch Leute in den Startlöchern, die das Ereignis finanziell für ihre Zwecke ausnützen wollen. Zu ihnen gehört der ägyptische Multimillionär Samih Sawiris, der Andermatt in ein Ferienparadies umbauen möchte. Bereits kursiert statt Andermatt der Spottname Sawirisville. Aber auch eine Auswahl bürgerlicher Schweizer Politiker, die – kaum ist der Durchstich der NEAT verwirklicht – bereits einen neuen Autotunnel fordern; oder die Projektbefürworter einer Porta alpina im bündnerischen Sedrun.

Was steht uns bevor? Die – hoffentlich nur vorläufige – Weigerung der eidgenössischen Räte, die Alpenkonvention voll zu ratifizieren, sei hier ebenfalls genannt.

Im Menschen stecken drei Neigungen, um die Dreifaltigkeit einmal auf eine andere Weise, nämlich lateinisch auszudrücken: der homo oeconomicus, der homo faber und der homo protector. Wohin die Reise geht, wenn der homo oeconomicus, der Geldmensch, ungemindert schalten und walten kann, durften wir kürzlich bei der weltweiten Finanzkrise erleben, die vermutlich noch nicht ausgestanden ist. Zum homo faber gehört unausweichlich die Neigung, die mit dem Bibelspruch «macht euch die Erde untertan» verbunden ist. Und der homo protector ist die Korrektur des homo faber als Gegengewicht. Zu jenem gehört die Medizin, aber auch der Natur- und Umweltschutz. Der homo oeconomicus pur ist eine Fehlentwicklung, auch wenn wir zum Leben materielle Güter wie Nahrung, Wasser und Sauerstoff, in kälteren Weltgegenden auch ein Dach über dem Kopf brauchen. Der homo faber gehört zwar unausweichlich zum Menschen, aber nur der homo protector vermag gegenüber ihm das Gleichgewicht zu schaffen, das der Menschheit ein Überleben erlaubt. Hoffen wir das Beste!

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

160 600 neue Einwanderer!

Im letzten Jahr nahm die Bevölkerungszahl in der Schweiz um 84 000 Personen zu. Gemäss Bundesamt für Statistik sind die Einwanderungen aus dem Ausland nach wie vor die wichtigste Komponente des Bevölkerungswachstums. Zum zweiten Mal seit 1997 stieg die Wohnbevölkerung schweizerischer Nationalität dank einem leichten Geburtenüberschuss. Insgesamt wanderten 160 600 Menschen in die Schweiz ein. Knapp die Hälfte der ausländischen Einwanderer stammt aus

Deutschland, Portugal, Frankreich, Italien sowie dem Vereinigten Königreich. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung erreichte einen Stand von 1 714 000 Personen, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 44 300 oder 2,7 Prozent entspricht. Die Zahl der Schweizer Bürger nahm 0,7 Prozent zu und erreichte 6 071 800 Personen. Diese Zunahme sei im Wesentlichen auf den Erwerb des Bürgerrechts durch 43 400 ausländische Staatsangehörige zurückzuführen. SDA

Umweltschutz der Armee

Die Schweizer Armee ist für die Erfüllung ihrer Aufgaben auf realitätsnahe Übungsplätze in der freien Natur angewiesen. Durch überlegtes Handeln während der Übungen kann Flora und Fauna aber bestmöglich geschont und das längerfristige Bestehen gesichert werden. Eine rücksichtslose Benutzung würde Ausbildungs- und Schiessplätze innert kurzer Zeit zerstören, was nicht im Interesse der Armee wäre. Als eine der grössten Landnutzerinnen der Schweiz will sie deshalb bei allen ihren Tätigkeiten auch die Interessen von Natur- und Landschaftsschutz berücksichtigen.

Verschiedene Massnahmen tragen zum sorgfältigen und nachhaltigen Umgang mit der Natur bei. So gehört es im Militärdienst seit langem zum Selbstverständnis, dass Abfall und Hülsen eingesammelt und zweckmässig entsorgt werden.

Auf verschiedenen Waffenplätzen wird das Befahren von Laichgebieten während der Laichzeit im Frühjahr untersagt. Die Armee will ihr Potenzial für einen langfristigen Schutz unseres Lebensraumes einsetzen und ihren Beitrag für eine nachhaltige Ent-

wicklung leisten. Dazu werden in der Umweltschulung der Armee ABC-Unteroffiziere, Offiziere und alle Berufsmilitärs in theoretischen und praktischen Kursen zu Umweltbeauftragten ausgebildet. Sie geben ihr Wissen auf verschiedenen Stufen der militärischen Ausbildung weiter.

Die Frage der «Umweltverträglichkeit» gehört in jede «Beurteilung der Lage». Bei allen militärischen Verrichtungen, vom Rekognoszieren über das Anlegen, Durchführen und Besprechen von Übungen, das Einrichten von Arbeitsplätzen bis zur Wahl von Transportmitteln, Routen und Tageszeiten für Verschiebungen.

Das Programm «Armee und Umwelt», auf welchem die Umweltschulung aufbaut, steht unter dem Motto «Soldaten schützen die Umwelt».

ABC-Zentrum Spiez



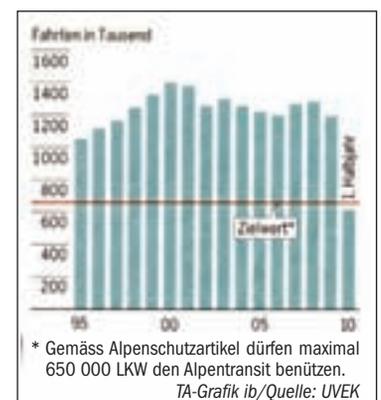
Am Gotthard wird gemogelt!

Erstaunliche Resultate hat eine Lastwagenkontrolle im August an der A2 im Kanton Uri ergeben. Von 181 Lastwagen, die ein S montiert hatten und im Verkehr mit dem Tessin privilegiert sind, verstiessen 36 gegen die Vorschriften. Was der Meldung der Kantonspolizei Uri zusätzliche Brisanz verleiht: In der Kontrollwoche wurden am ersten Tag rund 40 Prozent der S-Lastwagen verzeigt, am Ende der Woche nur noch 5 Prozent – es hatte sich offenbar herumgesprochen, dass auf der Gotthardroute kontrolliert wird.

Der so genannte S-Verkehr wurde nach dem schweren Lastwagenunfall im Gotthardtunnel, bei dem 11 Menschen starben, eingeführt. S-Verkehr ist Binnenverkehr, bei dem Güter nicht grenzüberschreitend transportiert werden dürfen und der ausschliesslich in Kantonen beginnt oder endet, die für die Wirtschaft der Südschweiz von besonderer Bedeutung sind. Mit dieser Massnahme wollte der Bundesrat sicherstellen, dass die Transpor-

te von der Deutschschweiz ins Tessin ungehindert erfolgen können und die S-Lastwagen nicht wie Transit-LKW in speziellen Wartebereichen auf die Durchfahrt durch den Gotthard warten müssen. Laut Kantonspolizei Uri hatten die verzeigten Lastwagen S-Schilder angebracht, obwohl sie dazu nicht berechtigt waren. Andere verzeigte S-Lastwagen hatten Güter für Italien geladen, obwohl dies bei S-Fahrten nicht erlaubt ist.

Aus: Echo



Überraschende Gäste

Für die kalte Jahreszeit zwischen Oktober und März suchen sich Frösche, Kröten und Molche ein frostsicheres Plätzchen zum Überwintern. Dabei landet der eine oder andere Lurch auch im Keller eines Wohnhauses. Sollten Sie einmal solchen Besuch erhalten, können Sie das Tier während milden Wetterphasen draussen unter einem Gebüsch oder an einer anderen geschützten Stelle freilassen.

Setzen Sie die Tiere jedoch niemals in einem Teich aus, es droht sonst eine Verschleppung von Krankheiten zwischen den Laichgewässern. Um zu verhindern, dass Frosch und Co. überhaupt in Ihren Keller gelangen, lassen Sie entweder alle Kellerfenster geschlossen oder bringen ein intaktes Fliegengitter an.

Bei der Suche nach einem Winterruheplatz purzeln Amphibien auch immer wieder in die unzähligen Fallen, die in unseren Gärten und rund ums Haus lauern. Dies können Kanalisations- und Lichtschächte, Treppenabgänge und an-



Erdkröte (Bild Pro Natura Magazin)

dere Vertiefungen mit glatten, steilen Wänden sein. Daraus gibt es meistens kein Entrinnen. Decken Sie solche Fallen mit feinmaschigem Fliegengitter oder Lochblech, Glas- oder Kunststoffplatten bündig ab. Achten Sie darauf, dass die Lochgrösse maximal 3 Millimeter beträgt. Besonders junge Molche schlüpfen nämlich auch durch sehr schmale Ritzen hindurch. Alternativ können Sie den Amphibien als Ausstiegshilfe ein griffiges Brett in nicht zu steilem Winkel in die Grube stellen. Mit grobem Drahtgitter bespannte Latten eignen sich besonders gut dafür.

Pro Natura

Verbaute Schweiz!

Wo steht die Raumentwicklung heute? Unbestritten ist, dass die Schweiz in den letzten Jahrzehnten eine expansive Siedlungsentwicklung durchgemacht hat. Die Folgen davon – wie Zersiedelung und Landschaftszerschneidung – sind unübersehbar. So konstatierte denn auch das ARE im Raumentwicklungsbericht 2005: «Die Entwicklung der Schweiz ist nicht nachhaltig.» Dieser Befund ist bis heute unwidersprochen geblieben. Die unbefriedigende Entwicklung stimmt insofern nachdenklich, als in der Schweiz bereits seit 30 Jahren ein Raumplanungsgesetz in Kraft ist. Kantonale Baugesetze und kommunale Zonenplanungen reichen sogar noch weiter zurück: Die Ziele des Raumplanungsgesetzes waren angesichts der Ausgangslage, wie sie sich 1980 präsentierte, hoch gesteckt. Im Zentrum standen folgende vier Anliegen:

- haushälterische Nutzung des Bodens;
- auf eine unerwünschte Entwicklung des Landes ausgerichtete Ordnung der Besiedelung;
- Beachtung der natürlichen Gegebenheiten;
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft.

Die Entwicklung der Planungsinstrumente erfolgte spät und in zögerlichen Schritten. Bis heute



Die Karikatur zeigt auch schön den Zusammenhang von Bevölkerungsdichte und Landschaft sowie Umwelt!

Aus: Forum Raumentwicklung

werden Siedlungsflächenzunahmen von jährlich einem halben Prozent und mehr in Planungsdebatten als moderate Entwicklung angepriesen. Dabei wird völlig verkannt, dass dies bei einer Bauzonenfläche von 227 000 Hektaren einer Zunahme von schweizweit 45 000 Einwohnern pro Jahr entspricht. **Von einem Umdenken, das eine Trendwende hin zu einer effizienten Siedlungsbegrenzung herbeiführen könnte, ist somit weiterhin wenig zu spüren.**

Das ungehemmte Siedlungswachstum in die Fläche hat direkte Auswirkungen auf die Kosten für Erstellung und Unterhalt der Infrastruktur. Zudem beeinträchtigt es

die Schönheit der Landschaft. Raumplanerische Versäumnisse und Fehlentscheide erschweren eine bodensparende Siedlungspolitik:

- Die inneren Nutzungsreserven werden ungenügend ausgewiesen und mobilisiert.
- Die Ermittlung des Bauzonenbedarfs erfolgt ohne die nötigen Grundlagen.
- Die überkommunale Standortplanung ist mangelhaft.
- **Die Bauzonen sind zu gross.**
- Bereits eingezontes Bauland steht zur Überbauung nicht zur Verfügung, sondern wird gehortet.
- Die bestehenden baulichen Dichten sind gering.
- Vorschriften, Verfahren, Normen und Methoden sind ungenügend harmonisiert: Es bestehen viele Rechtsvorschriften sowie je nach Kanton und Gemeinde unterschiedliche Planungs- und Baubewilligungsverfahren.

Wie lassen sich diese raumplanerischen Defizite beseitigen? Wie

kann die flächige Siedlungsentwicklung in eine Verdichtung nach innen umgelenkt werden? Angeregt werden Verbesserungen im Rahmen der Projektvorbereitung und -abwicklung. Dies betrifft die Initiierung von Projekten, die Erarbeitung von Grundlagen, die Projektbegleitung durch die Behörden, die Anwendung der Planungsinstrumente sowie eine offene Kommunikation.

Aufgrund der oben erwähnten Sachverhalte postuliert das Bundesamt für Raumentwicklung ein Siedlungsflächenmanagement, das auf einer besseren Übersicht über die vorhandenen Nutzungsreserven fusst. Insbesondere sollen gute Rahmenbedingungen als Anreize für eine Nutzung dieser Reserven geschaffen werden.

Aus: Forum Raumentwicklung

Anmerkung der SD-Redaktion: Dichteres Bauen bringt keine Lösung des Überbevölkerungsproblems!

Zürich – (immer noch) schön und heimelig?

Es reicht jetzt! Viele einheimische Menschen leiden unter den negativen politischen und sozialen Veränderungen; dies nicht nur in der Stadt Zürich.

In gewissen Wohnquartieren werden nicht mehr gebrauchte Möbel und andere Utensilien einfach an den Rand der Strasse gestellt. Dies gibt kein schönes Bild von der sogenannten Metropole und Wirtschaftsstadt Zürich. Der Abfall gehört nicht auf Strassen und Wiesen! In manchen Städten werden Bussen verteilt, wenn jemand auf den Boden spuckt, Zigarettensammel fallen lässt oder Kaugummi wegwirft. Weshalb wird dies nicht auch in Zürich so gehandhabt?

Viele Ausländer sind viel lauter als wir Einheimischen und dies wirkt störend auf die Allgemeinheit! Die Menschen aus anderen Kulturen passen sich uns zu wenig an! Dass Ausländer unsere Sprache erlernen – ist doch eine Selbstverständlichkeit – zum Nutzen aller! Auch nahe liegende Erholungsgebiete sind überfüllt mit Menschen, sodass man fragen muss, wo man sich heute noch erholen kann?

Viele Leute in der Stadt suchen nach kleinen Oasen in der Natur und gehen deshalb nur noch zu bestimmten Zeiten spazieren.

Nein, gewöhnen kann und darf man sich nicht an diese verheerenden Zustände, welche vorab die



Leider noch heute eine Realität!

Überbevölkerung verursacht hat.

Es darf nicht mehr so weitergehen, es muss jetzt gehandelt werden! Ein Einwanderungsstopp, wieder einzuführende Grenzkontrollen sind nötig und neue Politiker, die dem Volk und nicht der Wirtschaft dienen, muss man wählen!

Es gibt Menschen, welche dankbar sind, in der Schweiz eine neue Heimat gefunden zu haben. Als Gegenleistung sollte eine Bemühung zur Integration stattfinden und es sollten nicht immer mehr und mehr «Rechte» verlangt werden.

Das ganze Problem liegt auch bei der Masslosigkeit unseres Wirtschaftssystems und dem Drang nach immer mehr Profit. Ob die Menschen und die Natur darunter zu Grunde gehen, ist vielen Politikern und Managern egal...

Unsere Politik und die Wirtschaft dienen schon lange nicht mehr den Interessen unseres Volkes. Das Unbehagen steigt entsprechend an!

M.S., Zürich
(Anschrift der Red. bekannt)

Afrikaner sind die kriminellsten Ausländer!

bhb. Eine neue Statistik zur Ausländerkriminalität zeigt: Bei Einwanderern aus Afrika ist die Kriminalitätsrate mit Abstand am höchsten. Angolaner, Nigerianer und Algerier begehen hierzulande bis zu sechsmal mehr Verbrechen als Personen mit Schweizer Pass (mit und ohne Migrationshintergrund).

Bislang waren dies nur Mutmassungen, gestützt auf Beobachtungen der Polizei und auf Zahlen aus den einzelnen Kantonen. Doch jetzt zeigt erstmals auch eine dem «Schweizer Demokrat» vorliegende Auswertung für die ganze Schweiz, welche Ausländergruppen am kriminellsten sind. Das Bild ist eindeutig: Einwanderer aus afrikanischen Staaten belegen in der Statistik acht der ersten zehn Plätze. Damit ist es amtlich: Die Schweiz hat ein Problem mit kriminellen Afrikanern – nicht nur, wenn es um Drogenhandel geht, sondern auch bei Delikten wie Raub, Körperverletzung und Vergewaltigung.

Für seine Auswertung hat das Bundesamt für Statistik (BfS) die Anzahl der straffällig gewordenen Ausländer, aufgeschlüsselt nach Nationen, in Relation zur ständigen Wohnbevölkerung gesetzt (vgl. nebenstehende Tabelle). Entstanden ist eine Art Rangliste der kriminellsten Ausländer. Die Ergebnisse:

«Lumengos» ganz vorne

– Auf den ersten zehn Plätzen finden sich Bürger aus acht afrikanischen Ländern. Am höchsten ist die Kriminalitätsrate bei Staatsangehörigen aus Angola (6,3-mal mehr Straftaten als Schweizer Bürger). Pikantes Detail: Auch der soeben wegen Wahlbetrug verurteilte linke Nationalrat Ricardo Lumengo stammt bezeichnenderweise aus Angola! Es folgen Nigeria (6,2-mal mehr) und Algerien (6-mal mehr).



– Auch Serben, Montenegriner und vor allem Kosovaren haben eine hohe Kriminalitätsrate: Sie begehen im Schnitt 3,1-mal mehr Verbrechen als Schweizer Bürger, wobei bei serbischen Passbesitzern noch zahlreiche Kosovo-Albaner geführt werden, da diese bezeichnenderweise bislang noch nicht in ihre neue Nationalität «gewechselt» haben.

– Auch wenn es unsere Multikulti-Fanatiker nicht wahrhaben wollen: **Gesamthaft betrachtet sind die Ausländer deutlich krimineller als Schweizer.** Negativ erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang auch noch die Zuwanderer aus Mittel- und Südamerika. Hier stehen vor allem Verbrecher aus Kolumbien, Brasilien und speziell

der Dominikanischen Republik zu Buche. Letztere bereiten vor allem in Zürich unseren Polizeibehörden äusserst grosse Schwierigkeiten, was von unseren Medien bislang noch nicht thematisiert wurde.

– Positive Ausnahmen sind die Einwanderer aus unseren Nachbarstaaten: **Österreicher, Franzosen und Deutsche sind unterdurchschnittlich kriminell und liegen in der Auswertung sogar hinter den Schweizern auf den letzten Rängen.**

Afrikaner auch bei Drogendelikten «Leistungsträger»

Die Auswertung des Bundesamtes für Statistik bezieht sich auf 18- bis 34-jährige Männer – auf jene Personengruppe, welche gemäss Erhebungen die meisten Delikte begeht. Berücksichtigt wurden Straftaten wie Diebstahl, Mord, Körperverletzung, Betrug, Erpressung, Menschenhandel und Vergewaltigung. Nicht berücksichtigt wurden Drogendelikte. Aber auch hier sind afrikanische Staatsangehörige Spitzenreiter.

Erst vergangene Woche informierte die Polizei, dass der Kokainmarkt in der Schweiz hauptsächlich von Nigerianern und anderen Gruppen aus Westafrika dominiert wird. Die Drogenhändler kommen meist als Asylbewerber getarnt in die Schweiz.

Polizei nicht überrascht

Für Polizisten sind die Ergebnisse der Auswertung wenig überraschend. In einer Stellungnahme gegenüber der Zeitung «Sonntag» erklärt der Präsident des Verbandes Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB), Heinz Buttauer: **«Wir beobachten seit Jahren, dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die mit dem Vorsatz in die Schweiz kommen, hier zu delinquieren.»** Dieses Problem habe sich in den letzten Jahren verschärft. **«Es ist leider so, dass immer die gleichen Leute in der Schweiz straffällig werden, aber es passiert ihnen nichts.»** Er könne nicht verstehen, warum Ausländer, die permanent gegen das Gesetz verstossen, hier leben dürfen.

Kommentar von Chefredaktor Bernhard Hess

Endlich Zahlen offengelegt!

Noch vor einigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass eine solche Statistik den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätte. Die Nationalität von Verbrechern, so die Argumentation in den kosmopolitischen Medienstuben, tue nichts zur Sache; viel schlimmer, sei latenter Rassismus! Doch zum Glück hat endlich in der Öffentlichkeit und wohl auch in Teilen der Politik ein Umdenken stattgefunden. Denn gerade in der überfüllten Schweiz, einem Land mit einer der höchsten Ausländeranteile in ganz Europa, ist es eben doch relevant, wer die Kriminellen unter den Einwanderern sind. Diese sind nun benannt, und das ist absolut richtig so! Für jene, die sich bereits strafbar gemacht haben, soll es kein Pardon mehr geben! Sie gehören vor Gericht und später konsequent ausgeschafft. Doch gerade im Hinblick auf die Geburtenexplosion auf dem afrikanischen Kontinent werden die Migrationsströme aus Afrika Richtung Europa – und somit auch in die Schweiz – auch künftig nicht abreißen.

Die Schweizer Demokraten tun gut daran, gerade diese Zuwanderung aus kulturfremdem Raum, welche zudem fast ausschliesslich unsere Sozialwerke belastet, mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu unterbinden. Sonst werden wir schon sehr bald unser abendländisch geprägtes Land nicht wiedererkennen. **Es geht um unsere angestammten Werte!** Künftig muss für uns noch konsequenter der Grundsatz gelten: Europa bleibt europäisch!

Kriminelle Ausländer – die Statistik

Nationalität	Männer der ständigen Wohnbevölkerung, 18–34-jährig		
	Beschuldigte nach StGB*	Rate pro 100 000 Wohnbevölkerung	x-faches der Schweiz
Angola	37	12 416	6,3
Nigeria	80	12 214	6,2
Dom. Republik	103	11586	5,8
Tunesien	123	8244	4,2
Türkei	796	6284	3,2
Serbien, Montenegro (inkl. Kosovo)	1922	6220	3,1
Kroatien	213	4837	2,4
Italien	808	2410	1,2
Schweizer	11777	1981	1,0

*Strafgesetzbuch; Quelle: Bundesamt für Statistik

Der Fall des Ricardo Lumengo...

Für die kosmopolitischen Medienschaffenden und weltfremden Multikulti-Politiker galt Ricardo Lumengo, welcher als erster richtiger* Afrikaner die Hürde in den Nationalrat schaffte, als exzellentes Beispiel für hervorragende Integration. Nach seiner Verurteilung wegen Wahlfälschung ist der Jubel des rot-grünen Medien- und Politikfilzes schamvoll verstummt.

Fakt ist: Ricardo Lumengo hat bei den Grossratswahlen 2006 alleine in der Stadt Biel mindestens 44 Wahlzettel eigenhändig ausgefüllt. Dafür wurde er vor dem Bieler Einzelgericht am 11. November 2010 wegen Wahlfälschung gemäss kantonalbernischem Wahlgesetz verurteilt. Bislang noch ohne Konsequenz bleiben die 47 «verdächtigten» Wahlzettel der Nationalratswahlen in der Stadt Biel mit dem Namen «Ricardo Lumengo», die gemäss Untersuchung der Bundesanwaltschaft ebenfalls in der Stadt Biel eruiert worden sind. Es ist nicht auszuschliessen, dass sowohl bei den Grossratswahlen 2006, als auch bei den Nationalratswahlen 2010, mit einer weitaus höheren Dunkelziffer von manipulierten Wahlzetteln gerechnet werden muss, da bislang einzig in der Stadt Biel graphologische Untersuchungen durchgeführt wurden. Wieweit Lumengos mögliche Wahlfälschungen in anderen Berner Gemeinden, insbesondere im Jahr 2007, die letzte Restmandatsverteilung für den Nationalrat zwischen den Schweizer Demokraten (SD) und der SP-Männerliste beeinflusst hat, kann somit nicht abschliessend beurteilt werden. Ein Vorstoss im Grosse Rat des Kantons Bern von Thomas Fuchs und eine SD-Verwaltungsbeschwerde sollen jetzt aber Licht ins Dunkel in der Affäre Lumengo bringen.

Wer ist Lumengo?

Lumengo kam am 22. Februar 1962 in Angola zur Welt. Als 20-jähriger schlug er sich in die Schweiz durch, weil er angeblich in seinem Heimatland als politisch aktiver Student verfolgt worden sei. Als politischer Flüchtling wurde er zwar nicht anerkannt, jedoch infolge unseres grosszügigen Asylrechts aus «humanitären Gründen» trotzdem aufgenommen. 1997 bürgerte ihn Freiburg ein. Ein Jahr später schloss er nach eigenen Angaben sein Jusstudium an der Uni Freiburg i. Ü. ab. Gemäss unseren Recherchen fiel Lumengo jedoch bei der Anwaltsprüfung

durch. Somit kann er sich zwar, was er oft und gerne tut, Jurist nennen, die Bezeichnung Rechtsanwalt bleibt ihm aber verwehrt. Heute arbeitet Lumengo angeblich ehrenamtlich als «juristischer Berater» für das Integrationszentrum Multimondo in Biel. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er aus seinem Einkommen als Nationalrat (netto Fr. 80 000.–) und seinem Sitz in der Staatspolitischen Kommission (netto Fr. 40 000.–, total netto Fr. 120 000.–). Somit erklärt sich auch, weshalb dieser feine «Nationalrat» entgegen dem Druck der SP bislang auch nicht aus dem Parlament zurücktreten will.

Fahrerflucht auf den Felgen

Von den Medien kaum thematisiert ist ein Vorfall aus dem Jahre 2007, wo Lumengo ebenfalls gerichtlich verurteilt wurde. Angeblich beim Überholen auf der Autobahn touchierte er auf der Höhe von Lyss eine Leitplanke, hält aber nicht an und fährt buchstäblich auf den Felgen nach Biel zurück. Eine andere Version Lumengos beschreibt den Vorfall in der Weise, dass ein «Rassist», den er angeblich nachts, weit nach Mitternacht, im Rückspiegel erkannt haben will, mit ihm eine wilde Verfolgungsjagd inszeniert haben soll, bei der er in Panik geriet und in die Leitplanke knallte, wobei beide rechten Pneus platzten. Ein Angestellter des Strassenverkehrsamtes Biel bescheinigt «Bern aktuell», dass das Fahren auf den Felgen über eine längere Distanz (in diesem Fall von Lyss bis



Dieser «Nationalrat» will nichts von Rücktritt wissen: Ricardo Lumengo vor dem Bieler Gericht.

nach Biel) äusserst geräuschvoll und sowohl für den Lenker, wie auch für andere Verkehrsteilnehmer, sehr gefährlich sei. Nach Angaben Lumengos wollte dieser die Polizei, die ihn am Folgetag als Unfallverursacher ermitteln konnte, von zu Hause aus über den Unfall, die Sachbeschädigung und die Fahrerflucht informieren. In der Folge wurde er wegen Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer dann auch rechtskräftig verurteilt.

Ständig die Rassismuskule schwingend

Allgemein kann beobachtet werden, dass Ricardo Lumengo immer und überall «Rassisten» und Rassismus wittert. So habe er, wie bereits erwähnt, nur auf die Provokation eines «Rassisten, dessen politische Gesinnung er mittels Blick in den Rückspiegel auch weit nach Mitternacht deutlich zu erkennen glaubte, den Selbstunfall in Lyss verursacht. Eine Selbstanzeige wegen Fahrerflucht machte er deshalb nicht, weil er «rassistische» Polizeibeamte fürchtete und auch

beim Gerichtsprozess beobachtete er im Gerichtssaal bei einigen der anwesenden Prozessbesuchern «rassistische Motive». Selbst bei der Einzelrichterin Doris Romano, notabene einer Grünen, behauptet er, dass diese unter Druck stünde. «Vielleicht wollte sie keine Angriffsflächen für Kritik aus dem rechten Lager bieten», sagt Pitch Staub, der Lumengo in Medienfragen berät, gegenüber der Basler Zeitung.

Lumengo als «Hypothek»

Für die SP und all die anderen Multikulti-Anhänger, die den späteren Hinterbänkler Lumengo im Wissen seiner Fahrerflucht trotzdem für den Nationalrat portierten und im Wahlkampf 2007 auch tatkräftig unterstützten, wird der Fall Lumengo immer mehr zu einem Super-GAU. Entgegen seinem früheren Bekunden, bei einer Verurteilung aus dem Nationalrat auszuscheiden, will er nun doch noch bis zum Ablauf der Wahlperiode im Jahr 2011 weiterhin ein Maximum an Sitzungsgeldern einkassieren und sein Mandat keinesfalls freiwillig abgeben. **Ein gutes Beispiel für eine gelungene Integration ist dieser feine Monsieur Ricardo Lumengo ob alledem wirklich nicht!**

** In den 70er-Jahren gab es mit Tilo Frey bereits eine, wenn auch unauffällige, dunkelhäutige FDP-Nationalrätin aus dem Kanton Neuenburg.*

Bernhard Hess, e. Nationalrat, Chefredaktor, Bern

Die Schweiz lässt sich abzocken!

Drei Millionen «Entschädigung» für toten Nigerianer

AZ 5.9.2010: Man müsste eigentlich sagen «wieder einmal abzocken». Im März 2010 ist ein Nigerianer, der zwangsweise abgeschoben werden sollte, gestorben. Die Gründe sind heute noch nicht genau bekannt. Der Mann soll an einer zuvor nicht erkannten Herzkrankheit gelitten haben. Tatsache ist aber, dass er vorher während 1½ bis 2½ Monaten keine Nahrung zu sich genommen hatte und nur noch 33 kg wog, was etwa der Hälfte seines Normalgewichts entsprach. An seinem Tod ist der Mann also weitgehend selber schuld. Die Schweiz zahlte der Familie des Nigerianers freiwillig 50 000 (in Worten fünfzigtausend

!!!) Schweizer Franken!

In Nigeria entspricht dies kaufkraftbereinigt sage und schreibe drei Millionen Franken.

Wie gesagt, für diese Zahlung bestand überhaupt keine gesetzliche Grundlage, wie das BFM (Bundesamt für Migration) auf eine entsprechende Anfrage im Nationalrat verlauten liess.

Und die weitere Begründung des BFM ist noch einfältiger.

Die Zahlung sei zustande gekommen, weil «die nigerianische Botschaft schriftlich um Unterstützung für Bestattungs- und Transportkosten ersucht habe»!!! Die Beerdigung erfolgte wohl in einem vergoldeten Sarg!

Wenn das Schule macht, wird die

Schweiz sehr bald bankrott sein. Da wird sich doch manch einer irgendwo in der Welt sagen: «Ich opfere mich für meine Familie, gehe in die Schweiz und sterbe!»

Denn von drei Millionen kann in den meisten Entwicklungsländern eine ganze Grossfamilie locker jahrzehntelang leben.

Für wie dumm lassen wir uns noch verkaufen?

Wie sagte einst ein Diplomat in Russland zum Zaren Alexander I. «Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.» Das Zitat stammt aus dem Jahr 1811 und gesagt hat es der sardinische Gesandte in St. Petersburg, Graf Joseph de Maistre. Ich hoffe, die Schweizer sind nicht so beschränkt, dass wir eine solche Regierung verdienen.

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf

www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERMIETEN:

Seriöse und preiswerte Kleinwagen bis Limousine, Kombi, Van, ab Fr. 600.– monatlich, inkl. 2000 km. Die Fahrzeuge können auch pro Tag oder Woche gemietet werden. Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

5-Zimmer-Wohnung in Vitznau mit Garten, im Parterre in älterem Haus, nur an Deutschsprechende. Miete Fr. 650.– plus NK.

Telefon 041 397 01 88

ZU MIETEN GESUCHT:

Gesucht in **Uster** von ruhiger Schweizerin in neuerem Haus:

1- bis 2½-Zimmer-Wohnung im EG. Keine Treppen und Tritte beim Zugang.

Telefon 078 772 68 11

Schweizerin sucht 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Zürich und Umgebung. Auch ein Hausteil kommt in Frage. Vermieter melden sich bitte telefonisch oder per E-Mail bei obenstehender SD-Marktplatz-Adresse. Besten Dank!

Hallo Herr L., Rufen Sie bitte nochmals bei der Kontaktadresse

des SD-Marktplatzes an. **Leider ist Ihre Telefonnummer in vorstehender Angelegenheit verloren gegangen!**

ZU VERKAUFEN:

Diverse Saab 9-5, Klima, Leder, Automat, top Zustand, ab MFK, Garantie, ab Fr. 7850, Tausch, Teilzahlung ohne Anzahlung möglich, weitere Fahrzeuge. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

In Seewen am See, **Wohnwagen mit Vorbau**, winterisoliert, 4 Schlafplätze mit allem Nötigen (Jahresplatz) an den **Meistbietenden oder an seriösen Dauermieter.** Region Inner-schweiz.

Telefon 078 725 60 47

Aluboot, 4 Plätze mit Anhänger und Plane, 6-PS-Motor, Führerscheinfrei, Komplett Fr. 3000.–. Bei Vitznau. **Telefon 041 397 01 88**

4½-Zimmer Hausteil jetzt zu verkaufen im Bezirk Affoltern (ZH). Zu diesem gemütlichen Haus gehören ein grosser Schopf mit Garage und Waschraum mit V-Zug-Maschinen. Im kleinen Schopf sind Werkzeuge für den grossen Garten mit etlichen Obstbäumchen und Beerensträuchern. **Ideal für SD-Eltern mit 2 bis 3 Kindern.** Auskunft, wo das Haus genau steht, erhalten Sie über die obenstehende SD-Marktplatz-Adresse; dies auch telefonisch oder per E-Mail möglich.

GESUCHT:

Computerhilfe: Wer hat Zeit sowie Freude und ist versiert mit dem PC (Wordanwendungen, Fotobearbeitungen, Powerpoint, Installationen etc.). Stadt Zürich.

Telefon 044 350 72 20

Suche günstig **VW Scirocco 1**, Jg. 74 bis 80 (oder Ersatzteile hiervon). Kanton Zürich.

Telefon 079 642 24 87

oder E-Mail: k.fabian@bluewin.ch

Sammler sucht «Super-8-Geräte» (Cameras, Betrachter, Stative, Zubehör). Region Luzern.

Telefon 041 280 52 17

Musiklehrer/Hobymusiker:

Wer könnte mir einige Stunden erteilen? Ich möchte von Diatonischer Orgel auf Chromatisch umsteigen. Region Küssnacht, Vitznau, Gersau, Weggis.

Telefon 078 924 35 90

ZU VERSCHENKEN:

Vielseitiger Sammler und Dokumentierer. Würde alles verschenken – jedoch nicht zum Verschleudern! Umfang meiner Sammlung: Ski, Schlitten, Geräte (keine Maschinen) der Landwirtschaft (antik), des Haushalts und des Alltagslebens.

Schweizer Landesausstellungen von 1883 bis und mit Expo 02, Volkskun-

de, Geschichte, Unterhaltung, Emanzen-Texte..., Bücher. All das zum Forschen, Dokumentieren (unsortiert) und evtl. Ausstellen. Sehr viele Zeitungsausschnitte, Illustrierte. Manches für Studien, Matura, Dissertationen geeignet. Viel Skisport-Literatur.

Zuschriften an: Hans Zihlmann, Meierwiesenstr. 56, 8064 Zürich

BEKANNTSCHAFTEN:

Schweizer Mann, Jg. 50, sucht Freundin, die küssen kann. Vielleicht gibt es auch mehr daraus... **Ein nettes Brieflein mit Foto würde mich sehr freuen.** Dies bitte senden an: SD-Marktplatz, Chiffre 165, Postfach 1531, 4001 Basel

PERSÖNLICHES:

Hallo, ...ich bin Madlen Küng aus Basel. Ich war früher sehr aktiv in der Partei! Jetzt geht eben vieles nicht mehr, leider! Aus gesundheitlichen Gründen bin ich ins Altersheim umgezogen. Als Info für jene, die mich suchen oder kontaktieren möchten: Ich habe eine neue Adresse und auch eine neue Telefonnummer! Altersheim Gundeldingen, Bruderholzstrasse 104, 4053 Basel, **Telefon 061 367 85 84**

Eine jede Kontaktaufnahme freut mich!

Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

Eidg. Volksinitiative

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen
www.marche-blanche.ch, Tel. 022 360 02 43

Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»
Tel. 044 737 48 29

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.

SD Stadt Bern: Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (Restaurant ist unmittelbar beim Bahnhof). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

Luzern-Innerschweiz: Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20.00 Uhr.

Kantonalsektion St. Gallen: In einem Saal des Restaurant Dufour am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs findet jeweils ab 19.30 Uhr statt: 16. De-

zember – Weihnachtsstamm; 28. Januar 2011 – Fondue-Plausch.

Winterthur und Umgebung: Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt **neu in der «Sportbar»** an der Rheinstr. 4 in Liestal. Wir sind alles Junge! Bitte den 18. Dezember

reservieren. An diesem Samstag findet unser Weihnachtsessen statt. Näheres dazu später!

jsd-ostschweiz.ch: Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe www.jsd-ostschweiz.ch oder 079 836 90 87) im Restaurant «Löwen» in Tobel (TG), ab 20 Uhr. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

Auf dem Weg in die Bananen-Republik!

Den Stolz auf unseren Rechtsstaat können wir wohl demnächst begraben! In den letzten Jahren wurden die Bürger immer häufiger ganz offensichtlich belogen, sodass sie sich nicht mehr selbstbestimmt eine Meinung zu aktuellen Problemen bilden und entsprechend in demokratischen Willensgebungen ihre souveränen Rechte zum Ausdruck bringen konnten.

In diesen Lügengespinnten wirken Hunderte von «spin-doctors» der Bundesverwaltung, aber auch zahlreiche Journalisten, welche ihre wahre Aufgabe der Informationsbeschaffung und objektiven Information ihrer Leserschaft vergessen haben und zu Propagandisten der Machthaber mutiert sind.

Dass diese Aussage nicht aus der Luft gegriffen ist, sei nachstehend an einigen besonders krassen Beispielen belegt.

1. Der Fall Widmer-Schlumpf 2007/2009

Dass sich Frau Widmer bei den Bundesratswahlen über die Beschlüsse ihrer Partei-Gremien grosszügig im Eigeninteresse hinwegsetzte und damit im politischen Leben unseres Landes enorme Schäden und Folgekosten provozierte, kann – weil für jedermann ersichtlich – als lässliche Sünde gegen Treu und Glauben eingestuft werden. Dafür wurde sie fast unisono von der Journaille belobigt; weil sie damit der ungeliebten SVP massiven Schaden zufügte. Sie wurde zum Star am Polit-himmel befördert.

So gelang es denn, sie zwei Jahre später zur Schweizerin des Jahres zu küren, ohne dass sie sichtbare Verdienste ausserordentlicher Art vorzuweisen gehabt hätte. Das allerdings war dann schon eine Tod-sünde gegen den «Guten Glauben» der unbedarften Zuschauer und Zuhörer, weil eine – nicht für jedermann verständliche – offensichtliche Manipulation dahinterstand. Man erinnere sich:

In 90 Minuten = 5400 Sekunden sollen 210 000 Zuschauer angerufen haben. Davon sollen 145 000 für Frau Widmer gestimmt haben. Das bedeutet, dass bei Annahme von 10 Leitungen ins Abstimmungsstudio, pro Sekunde je 4 Anrufe bewältigt worden wären. Auf die 17 – z.T. sehr gewichtigen Mitbewerber wären dann noch je knapp 4000 Stimmen entfallen!

Das glaube, wer will!

Für Zweifel an diesem Resultat fand sich in der Presse keine Zeile Raum! Zumindest hatte für Frau

Widmer eine durchorganisierte Stimmabgabe einiger Hundertschaften Anhänger stattgefunden, was auch nicht gerade den demokratischen Spielregeln entsprochen hätte.

Doch kaum eine kritische Stimme fand im Freudengeheul der Widmer-Fans Platz in den Massenmedien! Dass sich Frau Widmer bei der jüngsten Departementsverteilung offensichtlich als hemmungslose Egoistin entpuppte, scheint nun einem Teil ihres linken Fan-Klubs die Augen geöffnet zu haben. Die Chance für ihre Wiederwahl in 2011 dürfte damit nicht gerade gestiegen sein.

2. Ricardo Lumengo – der Flüchtling aus Angola

Als der leichtsinnig eingebürgerte Angola Flüchtling, der – wie man heute weiss – , niemals seinen Flüchtlingsstatus hatte plausibel nachweisen können, 2007 in den Nationalrat gewählt wurde, überschlugen sich die Kommentatoren vor Begeisterung. Er sei der erste dunkelhäutige Mensch, der ins nationale Parlament gewählt worden sei. Welch ein Beweis schweizerischer Weltoffenheit. Meine nachstehend wiedergegebene Richtigstellung fand in den Massenmedien kein Gehör. Sie wurde unter den Tisch gewischt.

(Zitat:) Wie schwarz muss man sein, um als Schwarzer zu gelten? Mit den ersten Frauen im Nationalrat wurde im Dezember 1971 auch die dunkelhäutige Tilo Frey aus Neuenburg als Mitglied der freisinnigen Fraktion vereidigt. Mit grösster Selbstverständlichkeit wurde sie als qualifizierte Frau im neu gewählten Nationalrat integriert. Als Tochter einer kamerunischen Mutter aus dem Volksstamm der Peule und eines Aargauer Vaters hatte sie mit besten Qualifikationen ihre Ausbildung als Dozentin für Handelsfächer abgeschlossen. Sie unterrichtete ab 1943 an der Ecole supérieure de commerce in Neuenburg und wurde später Leiterin der Berufsschule für Töchter.

Das politische Handwerk hatte sie als Mitglied des Stadtparlamentes von Neuenburg, das sie 1970/71 präsidierte, gelernt. Sie hatte dort ab 1964 Einsitz genommen. Von 1969 bis zu ihrer Wahl in den Nationalrat war sie zudem Mitglied des Kantonsparlamentes.

Im Nationalrat fiel sie durch ihre disziplinierte Arbeit, ihre durchdachten Voten und einen angenehmen Umgang auf. Damit gab sie keinerlei Anlass zu aufgeblasenen



Die Schweiz sollte die Euro- und Dollardevisenbestände abbauen.

Kommentaren durch eine auf «wilde» Geschichten geile Journaille.

Jetzt 36 Jahre später, wird wieder eine dunkelhäutige Person – diesmal ein Mann – ins nationale Parlament gewählt. Und jetzt ist alles ganz anders!

Rund ein Dutzend ausländischer Journalisten sollen den angeblich «ersten Schwarzen» ins Parlament begleitet haben. Und die Kommentare zu diesem weltbewegenden Ereignis konnten von Berlin bis New York, von Paris bis Rom in reputierten Zeitungen genossen werden. Welch eine Ehre für einen Mann, der im Schnellzugstempo – offenbar vor allem dank seiner dunklen Hautfarbe – die Stufen des Parlamentarismus genommen hat. Ausser seiner Fahrerflucht – bei der er auf den Felgen von Lyss nach Biel raste – ist bis jetzt keine spezielle Leistung von ihm bekannt.

Offenbar hatte ihn die SP zur Vorzeigefigur ihrer Multikulti-Ideologie erwählt und deshalb nach Kräften gepusht.

Es bleibt zu hoffen, dass Herr Nationalrat Ricardo Lumengo in Zukunft durch herausragende Leistungen von sich reden macht und damit die durch die Wahl in den Nationalrat vorzeitig gesammelten Lorbeeren rechtfertigen wird. Seine Hautfarbe sollte dabei keine Rolle spielen, sonst könnte er leicht zu einem weiteren Niedergang der SP beitragen.

Erst jetzt – nach der Verurteilung wegen Wahlfälschungen, bringt die Weltwoche (Seite 30 – Nr. 46/10) Informationen, die dem Stimmvolk vor den Wahlen 2007 hätten zugänglich gemacht werden müssen. Vermutlich wäre Ricardo Lumengo dann allerdings nicht gewählt worden. Und damit wäre das voreilige Lob für die Weltoffenheit der Berner Stimmbürger ja wohl ins Wasser gefallen!

3. Die Ausschaffungsinitiative

wurde vom Gesamtbundesrat (Botschaft) und seinen Mitgliedern Widmer und Sommaruga mit Behauptungen bekämpft, die nach

dem Urteil verschiedener Rechtsgelehrten als Blödsinn und schlicht als falsch zu beurteilen seien. Übertroffen wird die Lügnerie nur noch durch den Ex-Präsidenten der SPS – Peter Bodenmann – der sich gar zu reinen Beschimpfungen der Initianten in den Massenmedien hinreissen liess. Das sind Töne, die man höchstens aus Drittweltländern oder allenfalls von Berlusconi Italien her kennt.

Im Übrigen ist jedem zu empfehlen, nochmals den Text der Initiative zu lesen und mit den Behauptungen der Gegner zu vergleichen. Er wird sich die Augen reiben, ob dem Unsinn, der da «vorgetragen» wird.

4. Wir haben verschiedentlich auf die dramatischen Entwicklungen des Finanzsystems hingewiesen

Es ist erschütternd zu sehen, wie unsere «Führungsscrew» die Staatsfinanzen und die weltwirtschaftlichen Aussichten schön zu reden suchen. Noch immer sind keine ernsthaften Anstrengungen zu erkennen, um die in den letzten Jahren begangenen Fehler wenigstens soweit möglich auszubügeln. Wir haben z.B. mehrfach darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, die Goldvorräte zu repatriieren. Vergeblich! Statt die von Schwindsucht befallenen Devisenbestände in Dollars und Euros abzubauen, bleibt man auf irrwitzigen Beständen hocken und nimmt enorme Währungsverluste in Kauf.

Tatsächlich stehen wir heute vermutlich an dem Punkt, wo die seit Jahren bestehende Unzufriedenheit in offene Konflikte umschlägt und sich der Zusammenbruch am Horizont bereits abzeichnet.

Am 25. September letzthin fand in Berlin unter dem Titel «Der Euro vor dem Zusammenbruch» eine «Aktionskonferenz» mit den massgeblichen Opponenten des Euro und der Bankenrettung statt. 670 Interessierte lauschten Referaten von Grössen wie dem Ökonomen Wilhelm Hankel und dem Staatsrechtler Karl-Albrecht Schachtschneider. Sie forderten eine demokratische Kontrolle der Finanzwirtschaft. Ausser in einer russischen Fachzeitschrift, wurde nirgends über die hochaktuelle Tagung berichtet. Das nennt man Information à la carte.

Haben Sie vielleicht in unseren Massenmedien davon auch nur ein Sterbenswörtchen gelesen? – Aber natürlich nicht – das würde ja gar

Auf dem Weg in die Bananen-Republik!*Fortsetzung von Seite 9*

nicht in das Plagiat über den Wiederaufschwung der Weltwirtschaft passen, der dank neuer Flutung mit Papierdollars unweigerlich kommen soll.

Die anderen Stimmen

Einer der renommiertesten Wissenschaftler, Jacques Attali, früherer Berater mehrerer französischer Staatspräsidenten, prognostiziert den sich abzeichnenden, dauerhaften Kollaps Europas. Der Exodus der Leistungsträger und die gleichzeitige Überschwemmung mit Hilfsarbeitern mache die Lage unabwendbar.

Der österreichische Professor Franz Hörmann von der Wirtschaftsuniversität Wien prognostiziert den «ultimativen Crash» unseres westlichen Finanzsystems innerhalb der nächsten drei Jahren. Das derzeitige Finanzsystem sei ein «Betrugssystem», das nur noch aus «Blasen» bestehe, die schon in kurzer Zeit platzen wür-

den. Das System sei nur noch dazu da, gesellschaftliche Eliten mächtig und reich zu erhalten. Die Rating-Agentur *Standard & Poor's* sieht die Staatsschulden der westlichen Industrieländer zunehmend explodieren, spricht von «irreversiblen Staatsschulden» und einem weiteren bevorstehenden, schweren Crash.

Ganz neue Töne!

Professor Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut in München glaubt, dass der Lebensstandard in Europa nun sukzessive zurückgehen werde. Interessant sind die Reaktionen der französischen Gewerkschaften auf das Begehren der Regierung, das Rentenalter um zwei Jahre nach oben zu verschieben. Die Erkenntnis, dass schlussendlich nicht mehr verbraucht werden kann, als eine Volkswirtschaft produziert, scheint noch nicht überall angekommen zu sein. Aber vielleicht merken es auch die Franzosen, dass das Kolonialzeitalter für «la Grande Nation» schon längst

zu Ende gegangen ist.

Island, Griechenland und Irland haben zwangsläufig Erkenntnisse im angedeuteten Sinne akzeptieren müssen. Es wird kaum noch lange gehen, bis auch Italien, Spanien und Portugal gleichartige Erkenntnisse werden verinnerlichen müssen.

Vorläufig können lediglich noch die USA – dank ihrer Militärmacht – so tun als ob dieses eiserne Gesetz für sie nicht gelten würde. Dies obwohl schon jetzt pro Monat 1000 Milliarden Dollar von den Vassallen auf dem Altar des imperialen grossen Bruders geopfert werden müssen. Und trotzdem...

Immer mehr US-Banken gehen Pleite!

Der US-Notenbankchef, Ben Shalom Bernanke hat eingestanden, dass die finanzielle Lage in den USA irreparabel geworden sei. Die USA befinden sich in einer existentiellen Krise. Die Drahtzieher und Verursacher müssen sich nun entscheiden: zwischen einer grossen

Wirtschaftsdepression oder einem grossen Krieg. Zurzeit gehen immer mehr Banken Pleite. Im Jahre 2000 waren es zwei, im Jahre 2001 waren es vier, von 2003 bis 2007 deren 10, im Jahre 2008 deren 25; in den letzten beiden Jahren bis heute 272 und 2010 bis Ende September schon 139 und er habe Kenntnis, dass weitere 829 Banken mit Einlagen von rund 400 Milliarden Dollar vom Konkurs bedroht seien. Die Aussichten sind also düster. Ist es übertrieben zu sagen: **Das Ende der Träume ist nahe!**

Statt weiterhin das Blaue vom Himmel herunter zu lügen, wäre es wohl sinnvoll, wenn unser Volk so informiert würde, dass es sich auf die kommenden Schwierigkeiten einstellen könnte.

Tun wir dies nicht, führen wir den aktuellen Wachstum und Einwanderungskurs unbeschleunigt weiter, wird der Absturz in den Status der Bananenrepublik in absehbarer Zeit umso brutaler sein!

Valentin J. Oehen, e. NR, Köniz



Oberwyncntaler Grossräte (v.l.n.r.) Christine Haller, Reinach (GLP); Ruedi Weber, Menziken (Grüne); René Kunz, Reinach (SD)

Engagement für die Oberwyncntaler Region

Überparteiliche Zusammenarbeit wichtiger denn je!

Die Oberwyncntaler Grossräte Christine Haller (GLP); Ruedi Weber (Grüne) sowie René Kunz (SD), trafen sich kürzlich im privaten Rahmen, um sich gemeinsam den grossen Herausforderungen im Oberwyncntal anzunehmen. Es war bald klar, dass die zukünftige Entwicklung im Oberwyncntal nur überparteilich gestaltet werden kann. Der komplexe Leitgedanke einer starken Region wird nicht am Stammtisch in der Beiz umgesetzt. Nur durch gemeinsames, vertrauensvolles und geschlossenes Auftreten und Handeln der ganzen Oberwyncntaler Bevölkerung – Gemeindebehörden eingeschlossen – wird unsere Region ernst genom-

men. Das Ziel einer wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich starken Region soll nicht weiter nur als Wunschtraum erlebt, sondern in die Tat umgesetzt werden. Wirtschaftliche und politische Eigeninteressen müssen zurückstehen, denn dem Wohlergehen der Oberwyncntaler Bevölkerung muss absolute Priorität eingeräumt werden. Unsere Landregion darf auch in «Aarau» nicht vergessen werden. Die Oberwyncntaler Volksvertreter werden deshalb auch zur gegebenen Zeit im Grossen Rat aktiv. Für eine starke Oberwyncntaler Region!

René Kunz, Christine Haller und Ruedi Weber

Medienstreifzug von Dr. Dragan Najman, Grossrat, Baden

Ausländische Studenten überschwemmen die Schweiz

In der «Aargauer Zeitung» vom 7. November 2010 war ein grosser Artikel zu lesen unter dem Grössttitel: «Uni-Rektor will eine Quote für ausländische Studenten». Der Rektor der Uni Luzern schreibt u.a. folgendes: In den letzten 10 Jahren stieg die Zahl der ausländischen Studenten um 70 (!) Prozent auf 33 000. Die Bologna-Studienreform hat die Zulassung zu ausländischen Hochschulen europaweit erleichtert.

Das sei von der Schweiz ursprünglich erwünscht gewesen, aber nun zeige sich, dass dies die Schweiz teuer zu stehen komme. Die Meinung des Schreibenden war schon seit jeher: Wenn aus dem über 500 Millionen Menschen zählenden EU-Raum, wo zudem in sehr vielen Staaten der Numerus Clausus (Beschränkung der Anzahl Studierende) herrscht, und sich unbeschränkt Studenten an Schweizer Hochschulen einschreiben können, muss das eine Sogwirkung in Richtung Schweiz ergeben.

Das war doch für jeden normalen Menschen voraussehbar

Da nützt es herzlich wenig, dass auch einige Schweizer Studenten ins Ausland gehen dürfen. Wegen des erwähnten Numerus Clausus finden unsere Studenten dort oh-

nehin kaum einen Studienplatz. Es ist das uralte Prinzip der kommunizierenden Gefässe. Wenn man ein volles Gefäss mit einem leeren verbindet, gleichen sich die Wasser-Niveau-Unterschiede automatisch aus. Aber eben – unsere Bundesräte sind ja auch keine normal denkenden Menschen; das sollte endlich einmal jedermann begriffen haben!

Technische Berufe vor allem betroffen

In den Studienrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik, Chemie, Physik, Informatik und Architektur beträgt der Ausländeranteil aus dem Ausland gut 20 Prozent. Ausser den letzten Beiden sind es durchwegs Studienrichtungen, die besonders teuer sind und den Staat, in diesem Fall die Kantone, entsprechend teuer zu stehen kommen.

Medizinstudium nicht erwähnt

Bedenklich dünkt mich, dass die AZ gerade das Medizinstudium aus dieser Statistik (total 12 Studienrichtungen wurden erwähnt) weggelassen hat, denn dieses Studium ist 1. besonders teuer, 2. dauert es sehr lang und 3. sind hier die ausländischen Studenten besonders zahlreich vertreten.

Ueli Brassler – zum Gedenken

Der Zentralpräsident der Schweizer Demokraten ist verstorben

Niemand macht sich gerne Gedanken zum eigenen Tod. Und doch schlägt das Schicksal manchmal ganz unerwartet zu. In der Nacht vom 1. auf den 2. November 2010 verstarb ganz unerwartet Ueli Brassler, unser SD-Zentralpräsident, welcher die Partei seit dem 1. Januar 2008 führte. Seine Angehörigen teilten uns mit, dass er – so wie er aufgefunden worden ist – ein friedliches und schmerzfreies Ende gefunden habe. Für alle, die Ueli gekannt haben, war die Todesnachricht ein Schock. In der Heilig-Kreuz-Kirche in Zürich-Altstetten versammelte sich einige Tage später eine grosse Schar von Angehörigen, Bekannten und Freunden, um an der Trauerfeier vom Verstorbenen Abschied zu nehmen. Auch zahlreiche junge Menschen erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre. Ueli war seit 1994 als Elektro-Fachlehrer an der Technischen Berufsschule in Zürich tätig gewesen. Von 2002 bis 2006 engagierte er sich als SD-Mitglied in der Kreis-schulpflege. In Gesprächen mit Ueli hörte man immer deutlich

heraus, dass er es gut konnte mit den Jungen. Es machte ihm offensichtlich grosse Freude, den angehenden Berufsleuten Wissen zu vermitteln und seine eigenen Erfahrungen weiterzugeben. Auch führte er über Jahre hinweg mit den Lehrlingen Arbeitswochen in den Bergen durch, wo Theorie und Praxis ausgiebig zum Zuge kamen.

Anfang 2006 wurde Ueli als SD-Vertreter des Wahlkreises 9 in den Zürcher Gemeinderat gewählt. 2010 wurde er ein zweites Mal gewählt. Er beschäftigte sich dort vorab mit Ausländer- und Integrationsfragen sowie Umwelthanliegen!

Am 1. Januar 2008 bis zu seinem Tod übte er das Amt des schweizerischen SD-Zentralpräsidenten aus. Nur wenige Tage vor seinem Tod, am Samstag, 30. Oktober, leitete Ueli die ganztägige Sitzung des SD-Zentralvorstandes mit gewohnter Frische und Souveränität. Dass Ueli gegen gewisse gesundheitliche Probleme anzukämpfen hatte, wussten alle Parteifreunde. Dies tat aber seinem Engagement für die Partei keinen Abbruch...



Ueli Brassler, † 2. November 2010, SD-Zentralpräsident und Gemeinderat, Zürich

Ueli war auch ein geselliger Mensch. Er wirkte überall sehr ausgleichend, motivierte Gleichgesinnte in positivem Sinne und war auch überaus initiativ.

Ueli wurde am 16. September 1952 in Zürich geboren, wo er auch die Schulen absolvierte. 1969 zog die Familie ins Engadin, wo er eine Lehre als Elektromonteur und später die Meisterprüfung – dies erneut in Zürich – abschloss. Hierauf war er als Lehrlingsausbildner bei der Elektro-Technischen Unternehmung Schibli AG tätig. Seine wirkliche Lebensaufgabe fand Ueli nach einer zusätzlichen Ausbildung zum Berufsschullehrer bei seinen Lehrlingen. Zu ihnen hielt er

immerzu einen guten Kontakt, hatte er doch stets die Zukunft der ihm anvertrauten jungen Menschen vor Augen.

Ueli war auch einmal verheiratet mit seiner Prisca, aus deren Verbindung der 1992 geborene Sohn Sergej hervorging. Die damaligen Lebensjahre waren für die junge Familie sehr glücklich. Alles passte perfekt – bis leider die Ehe mit Prisca 1999 auseinanderbrach... Zum Sohn Sergej und zur Nichte Jana entwickelte Ueli zeitlebens starke Bande und Gefühle. Ueli war – wie wir auch aus dem Familienkreis erfahren haben – ein ernsthafter, nachdenklicher, konsequenter und auch sensibler Mensch. So haben wir ihn ebenfalls kennen und schätzen gelernt.

Ueli war uns immer ein guter und zuverlässiger Freund. Auch die Partei hat mit dem Tod von Ueli einen aufrechten Mitkämpfer und Patrioten verloren. Wir alle werden ihn in bester Erinnerung behalten. Den Angehörigen entbieten wir unsere aufrichtige Anteilnahme.

*i.V. der SD-Parteileitung
Markus Borner*

Petition an den Aargauer Regierungsrat

670 Unterschriften für Mensch und Tierwelt

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau haben eine von 670 Personen unterzeichnete Petition an den Aargauer Regierungsrat unter dem Titel «Tiere sind keine Ware» bei der Staatskanzlei des Kantons Aargau eingereicht. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition verlangen vom Aargauer Regierungsrat künftig den Kantonsbeitrag (aktueller jährlicher Kantonsbeitrag 33 000 Franken) an den Aargauer Tierschutzverein zu verdoppeln. Die Mittel dazu können unter anderem auch aus dem Swisslos-Fonds entnommen werden.

Unzählige Helferinnen und Helfer des Aargauer Tierschutzvereins engagieren sich nebenamtlich mit grosser Hingabe und

Kompetenz für das Wohl der Tiere. Sie leisten somit einen wesentlichen Beitrag am Wohlergehen aller Tiere. Der Kanton Aargau sollte sich noch vermehrt verantwortlich fühlen, neben den natürlichen Lebensgrundlagen, auch die Tiere zu schützen. Damit bereits Jugendliche und Kinder für den Schutz der Tiere sensibilisiert werden, empfängt und besucht der Aargauer Tierschutzverein Schulklassen, wo verschiedene Tierschutzthemen behandelt werden. Ferner bietet der Aargauer Tierschutzverein Hilfestellung bei Tierschutzfällen an und setzt sich für den Vollzug des Tierschutzgesetzes ein. Die offizielle kantonale Meldestelle für vermisste und gefundene Tiere gehört ebenso zum Aufgabenge-

biet des Aargauer Tierschutzvereins. In diesem Zusammenhang soll auch der Schutzauftrag der Aargauer Regierung erwähnt werden. Mit einem aktuellen Kantonsbeitrag von 33 000 Franken an den Aargauer Tierschutzverein kann dieser private und gemeinnützige Verein die tierschützerischen Aufgaben kaum noch bewältigen. Die Herausforderungen zum Schutz der Tiere werden immer grösser. Der Mensch hat die Verantwortung, das Tier als Mitgeschöpf zu schützen. Niemand darf einem Tier Schmerzen, Leid oder Schaden zufügen. In der heutigen Gesellschaft sind es möglicherweise auch eingeschränkte Existenzbedingungen vieler Tierhalter, welche den Tieren unsägliches Leid

antun. Dazu gehört auch das Aussetzen von nicht mehr «gewünschten Tieren». Dies alles ist jedoch nicht tolerierbar!

*SD Aargau, René Kunz,
Reinach, Grossrat,
Kantonalpräsident*

Und noch eine Abzockerei der EU

AZ 1. Nov. 2010: Titel des kurzen Artikels: «Schweizer sollen EU-Grenzen sichern». Inhalt: Ab 2011 sollen 30 bewaffnete CH-Grenzwächter mithelfen, die EU-Aussengrenzen vor Migranten und Schleppern zu schützen. Dies berichtete die «NZZ am Sonntag». Dies soll die Schweiz drei Millionen Franken pro Jahr kosten. **Meine Meinung: Jetzt reicht's!**

Dragan Najman, Baden

Zwei SD-Postulate für ein Burkiniverbot im Kanton Aargau und in der Stadt Zürich

Der aktuelle Vorstoss für ein Burkini-Tragverbot

SD-Grossrat René Kunz, Reinach AG, und Patrick Blöchliger, Zürich, haben in ihren Parlamenten wie folgt für ein Burkini-Tragverbot in öffentlichen Badeanstalten argumentiert. Trotzdem wurden beiden Vorstösse abgelehnt.

Votum René Kunz, SD, Reinach, vom 2. Nov. 2010

Ergebnis Abstimmung: 51 Ja gegen 77 Nein und 1 Enthaltung
Geschätzte Anwesende

Zuerst möchte ich dem Regierungsrat für die Entgegennahme meines Postulats danken. In seiner Stellungnahme distanziert sich der Regierungsrat von der Verpflichtung, separate Duschen mit Vorhang zur Verfügung zu stellen, um religiösen Bedürfnissen zu entsprechen. Dieser Meinungsumschwung unseres Bildungsdirektors ist erfreulich, denn am 13. April 2010 war in verschiedenen Zeitungen noch zu lesen, dass dieses religiös motivierte Sonderrecht – sprich Empfehlung für separate Duschen – damals noch befürwortet wurde. Mir sind Gemeinden bekannt, in denen eine Installation separater Duschen nicht gutgeheissen wird. Wenn immer mehr Sonderrechte an den Schulen verlangt werden, wird der soziale Friede gestört und die allseits geforderte Integration ist nur noch ein Lippenbekenntnis (...).

Erfreulicherweise hat sich der Regierungsrat bereit erklärt zu prüfen, wie der Umgang mit Kleidervorschriften umgesetzt werden kann. In meiner Begründung zum Postulat werden mancherorts Badegäste mit einem Eintrittsverbot belegt, weil sie unter ihrer Badekleidung noch Unterwäsche tragen – dies auch aus hygienischen Gründen. Für das Benützen von Burkinis kann dies also nicht weniger gelten. Es gibt Kleidervorschriften in Frei- und Hallenbädern – an die haben sich alle zu halten. Sich hinter Religionen und Traditionen usw. zu verbergen, gilt nicht! Wenn wir unsere Gesellschaft immer noch mehr separieren, verdient diese den Namen Gesellschaft bald nicht mehr. Das Schulgesetz gilt für alle! Die Schwimmbäder sind für alle da. Es kann also nicht angehen, einige Benutzergruppen abzusondern. Im Kanton Aargau darf es keine religiös ausgerichteten Schwimmbäder geben! Mit dem Tragen von Burkinis usw. und immer neuen Sonderrechten – natürlich alles unter dem Deckmantel der Glaubensfreiheit – wird eine wirkliche Integration schrittweise verunmöglicht. Walter Berger, Chef des Amtes für Volksschule des Kantons Thurgau, äusserte sich am 13. April 2010 im

«St. Galler Tagblatt» wie folgt: «Das Tragen des Burkinis sei auch problematisch, denn er wirke stigmatisierend.» (Zitatende).

Den Nagel auf den Knopf trifft SVP-Grossrätin Milly Stöckli, wenn sie sich in einem Artikel im Mitteilungsblatt der SVP Aargau vom 17. Mai 2010 unter anderem dazu wie folgt äussert: «Der Schwimm- und Schulunterricht ist in der Schweiz öffentlich, obligatorisch und obliegt dem Staat. Kulturelle und religiöse Sonderbestimmungen haben dort nichts zu suchen und es gelten die Regeln der öffentlichen Ordnung.» (Zitatende). Ähnlich hat sich auch Hisham Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachverbände in der Schweiz, geäussert – ich zitiere: «Verhüllt in einem Bad schwimmen zu gehen, finde ich ebenso unpassend, wie dies nackt zu tun.» (Zitatende)

Der deutsche Theologe und Politiker Wolfgang Ullmann bringt es auf den Punkt wenn er sagt: Demokratie hat im Konflikt zwischen Religionen und Kulturen nur dann eine Chance, wenn die öffentliche Sprache sich von allem löst, was die Dominanz einer einzigen Religion oder die Dominanz der Religiösen über die Nichtreligiösen festschreibt: wenn Kirchen und Religionsgemeinschaften kein durch die Verfassung geschütztes Sonderrecht beanspruchen (...).

Postulat Patrick Blöchliger (SD) vom 1. Sept. 2010

Frau Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Als wir vor gut zwei Jahren dieses Postulat einreichten, wurde es in der Öffentlichkeit als Kuriosum wahrgenommen. Doch inzwischen hat sich die Konfliktsituation mit islamischen Zuwanderern (...) immer mehr zugespitzt. Die Abstimmung über das Minarettverbot hat gezeigt, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer inzwischen erkennt, worum es bei den zahlreichen «Extrawürsten» geht, die vor allem radikale Moslems unter religiösen Vorwänden verlangen. Dazu gehören auch die verschiedenen Formen von Kopf- und Gesichtverschleierung und eben die als «Burkinis» bekannten Ganzkörper-Badeanzüge. Religiös begründen lassen sich solch seltsame Bräuche nicht (...).

Schleier aller Art, Burkinis und dergleichen dienen offensichtlich keinem religiösen, sondern einem anderen Zweck. Es geht darum, demonstrativ zu bekunden, dass man sich



nicht an die hiesige Kultur anpassen, sondern die eigene, fremdländische Kultur hier einpflanzen und verbreiten will. Dazu gehört unter anderem eine fremdartige, mit unserem Wertesystem nicht vereinbare Tendenz, insbesondere die Frauen unter Kontrolle und vom hiesigen gesellschaftlichen Leben fernzuhalten. Darum kennen die Islamisten solche absurde Kleiderregeln auch ganz überwiegend für Frauen. Im Wesentlichen dienen solche Äusserlichkeiten aber als Provokation gegenüber dem einheimischen Volk, als Signal des Überlegenheits- und Herrschaftsanspruchs einer höchst aggressiven, auf die Verdrängung anderer Kulturen ausgerichteten religiös-kulturellen Strömung.

Aus hygienischen Gründen sollten beim Baden möglichst wenig Textilien getragen werden. Darum sind die zuständigen Behörden an vielen Orten richtigerweise dagegen vorgegangen, dass unter den Badekleidern noch weitere Kleidungsstücke getragen werden. Beim Burkini hingegen getraut man sich nicht, den gleichen Grundsatz

durchzusetzen. Man hat Angst, etwas einzuschränken, was angeblich von der Religionsfreiheit geschützt wird. Und erst recht fehlt der Mut, die längst überfällige Diskussion darüber zu führen, ob solche Freiheiten wirklich unbegrenzt sein müssen und auch gegenüber Religionen und Kulturen uneingeschränkt gewährt werden sollen, die in ihrem eigenen Einflussbereich nicht daran denken, Gegenrecht zu halten. Wer in ein fremdes Land übersiedelt, muss sich darüber im Klaren sein, dass dort andere Sitten und Bräuche gelten, und sich diesen unterordnen. Toleriert eine Kulturgemeinschaft, dass dies nicht geschieht und sich demzufolge auf ihrem Territorium völlig fremdartige Kulturen breit machen, geht sie früher oder später unter. Ein Blick über die Grenzen hinaus zeigt, dass in vielen europäischen Ländern Bestrebungen zur schleichenden Islamisierung im Gange sind. Ihre Träger fordern von den Einheimischen lautstark Toleranz, aber wenn sie erst einmal überhand nehmen, können wir von ihrer Seite ganz sicher nicht auf Toleranz zählen. Da sprechen die Zustände und Entwicklungen in den meisten islamischen Ländern eine deutliche Sprache. Finden wir also den Mut, der Islamisierung in allen ihren Formen endlich entgegenzutreten und klarzustellen, dass sich bei uns in der Schweiz an die hiesige Kultur anpassen muss, wer hier leben und bleiben will. Dazu gehört unter anderem auch ein Burkini-Verbot.

Club Helvétique und die direkte Demokratie

Schon die schönfärberische Bezeichnung Club Helvétique ist irreführend, treffender wäre Club Anti-Helvétique. Vordergründig kämpft er für Freiheit und die Pflege des eidgenössischen Staatsgedankens. In Wirklichkeit sind die Ziele dieses Clubs u.a. der EU-Beitritt unseres Landes (also weniger Freiheit und mehr Fremdbestimmung) sowie die Einschränkung der direkten Demokratie. Nach der überraschenden Annahme der Minarett-Initiative will der Club Helvétique in Zukunft missliebige Volksinitiativen verunmöglichen. Internationale Konventionen – von einem Expertengremium entsprechend interpretiert – sollen dies möglich machen. Bei den Mitglie-

dern des Club Helvétique handelt es sich nicht etwa um eine Elite, sondern um gut bezahlte Staatsangestellte aus dem linken Spektrum.

Allein SP-Nationalrat Andreas Gross bezog beispielsweise 2008 ausser seinem Gehalt über 175 000 Franken Spesen. Für den Staat hat der sozialistisch denkende, aber kapitalistisch lebende Gross, nie etwas Nennenswertes geleistet. Es ist daher eine Anmassung, dem Stimmvolk die Fähigkeit, an der Urne vernünftig zu entscheiden, abzusprechen. Dem Volk, das die nicht gerade bescheidenen Gehälter dieser Damen und Herren erwirtschaftet!

Otto Weiersmüller, Utikon



Pour une intervention rigoureuse contre la criminalité étrangère



Bernhard Hess,
ancien conseiller national DS,
Berne

Le peuple suisse a donné un mandat clair et net à ses autorités: les étrangers criminels doivent être systématiquement expulsés et interdits de séjour. Le oui du peuple est un premier pas vers le renforcement de la sécurité en Suisse. Il s'agit maintenant de concrétiser fidèlement cette initiative au niveau de la loi. Les Démocrates Suisses (DS) ne manqueront pas de rappeler aux partis du centre leurs belles promesses de vouloir combattre «sévèrement» la criminalité étrangère. Ils doivent maintenant apporter la preuve par l'acte. Les DS mettront tout en œuvre pour que le Conseil fédéral et le Parle-

ment réalisent rapidement et correctement ce travail législatif. Elle exige du Conseil fédéral qu'il mette un projet de loi en consultation d'ici à l'été 2011.

Le résultat la votation exprime aussi le grand malaise de la population face à la politique d'immigration pratiquée ces dernières années. L'ouverture des frontières, la libre circulation des personnes avec l'UE et une politique d'asile laxiste ont généré une immigration incontrôlée qui pose de gros problèmes à notre pays. Il est grand temps de s'y attaquer. La Suisse doit retrouver sa capacité d'agir dans ce domaine. Diverses mesures de politique d'immigration doivent être examinées. L'immigration doit davantage être déterminée par les besoins de l'économie. La politique d'asile doit être strictement limitée aux authentiques réfugiés et les procédures d'asile doivent être accélérées. La pratique de naturalisation doit elle aussi être durcie. Toute personne immigrant en Suisse



doit signer une déclaration dans laquelle elle s'engage à respecter la Constitution et les lois suisses. Les DS entendent donner une grande priorité à la lutte contre la criminalité. Le droit pénal doit être dur-

ci, surtout pour les crimes graves, aussi bien à l'égard des étrangers que des Suisses. A ce niveau également, le verdict sorti des urnes aujourd'hui exprime clairement la volonté du souverain.

Les 7 conseillers fédéraux s'agenouillent devant M. Kadhafi

Eric Stauffer se bat pour l'honneur du Peuple suisse

Le 17 novembre 2010, le Conseil fédéral a décidé de faire poursuivre Eric Stauffer en sa qualité de président du Mouvement Citoyens Genevois (MCG). Il lui est reproché un «outrage à Etat étranger», en l'occurrence la Libye. Ce qui est en cause, c'est l'affiche du MCG pour les votations du 28 novembre sur l'expulsion des criminels étrangers: elle représentait Mouammar Kadhafi avec l'inscription «Il veut détruire la Suisse».

Le Pays plie devant un tyran de carnaval

Eric Stauffer, qui se bat pour le Peuple suisse, veut que la Suisse se fasse respecter et que ses plus hauts dirigeants cessent de courber l'échine devant un tyran de car-



naval. Nous ne devons pas plier face aux menaces venues de l'extérieur et céder aux caprices de la famille Kadhafi.

Il faut rappeler que Mouammar

Kadhafi a, à plusieurs reprises, demandé la destruction de la Suisse notamment lors d'une assemblée générale de l'ONU. Il a réussi à mettre la Suisse sous embargo pour le pétrole libyen. En février dernier, le «Guide suprême» a appelé à la Guerre sainte de tous les Musulmans contre la Suisse et a traité les Suisses de «race mécréante».

La suite d'humiliations continue et doit cesser

Chacun a en mémoire le «kidnapping» (mot utilisé par la conseillère fédérale Micheline Calmy-Rey) et la prise d'otage durant 19 mois de deux ressortissants suisses par les autorités libyennes. Et notre fierté nationale est toujours en-ta-

chée par les humiliantes excuses du président de la Confédération d'alors, M. Merz, revenu avec un avion vide en «échange» de sa prosternation à Tripoli.

Céder devant l'exigence libyenne de poursuivre Eric Stauffer est une humiliation de plus.

La Suisse doit cesser de faire pénitence devant un potentat fantasque et arrêter de s'excuser d'être une démocratie qui met au sommet le principe de l'égalité de tous devant la loi.

Eric Stauffer et le MCG continueront de plus belle à défendre le Pays et son Peuple en dépit de toutes les entraves à leur liberté d'expression.

François Baertschi,
secrétaire général du MCG

CEVA: la population genevoise escroquée

Le soir du 29 novembre 2009, ils étaient tous là à se congratuler mutuellement, de la gauche à la droite. La fourberie avait gagné et le peuple genevois avait été dupé.

Seul le MCG, qui avait fait campagne contre un projet pharaonique, dont le bénéfice pour la population était insignifiant au regard du coût de l'investissement, mettait en garde les promoteurs politiques de ce projet quant à leurs responsabilités.

Quelques mois plus tard déjà, la droite vociférait au Grand Conseil pour se plaindre du fait que la plus grande partie des travaux avait été adjugée à une entreprise française. Cette même droite qui avait «vendu» le CEVA en affirmant qu'il donnerait du travail à nos entreprises! Quant à la gauche, elle déposait également ses doléances sur la table du Conseil d'Etat au motif que les employés des entreprises étrangères adjudicataires n'allaient pas être soumis aux conventions collectives genevoises, d'où les tarifs concurrentiels pratiqués. Cette même gauche qui avait vanté le CEVA en prétendant qu'il permettrait la création d'emplois!

Un tortillard, un Hérisson et des milliards

Aujourd'hui les lecteurs de la Tribune apprennent de la bouche du sénateur haut-savoyard Pierre Hérisson qu'il manque toujours 100 millions d'euros du côté français pour réaliser le minuscule tronçon entre la frontière et la gare d'Annemasse alors que Genève et la Confédération vont investir au minimum 1,5 milliard, mais plus vraisemblablement 2 milliards dans ce tortillard souterrain.

Mieux encore, Monsieur Hérisson s'offre l'outrecuidance d'affirmer: «Je ne suis pas sûr qu'il manque de l'argent. Je pense que les Suisses n'en apportent pas assez.» Ben voyons, le pays des vaches adore se faire traire! Et d'ajouter que nous devrions faire un «effort» car nous serions les premiers bénéficiaires du CEVA (Tribune du 9.11.2010).

Le MCG, une fois encore, avait été le seul à être suffisamment lucide et indépendant pour dénoncer cette escroquerie à la bonne foi de la population genevoise.

Un scandale à dénoncer

Quant aux autres partis qui ont soutenu ce projet avec des arguments fallacieux, il n'est désormais plus possible de parler de simple incompétence, déjà grave en soi. Il s'est agi d'une véritable malhonnêteté intellectuelle dont les contribuables du canton vont à nouveau devoir faire les frais.

Le MCG aurait apprécié que les médias, et la rédaction de la Tribune notamment, laquelle avait violemment fustigé la position du MCG durant la campagne, se fende de l'un de ces éditoriaux critiques dont elle a le secret pour dénoncer ce qui devient jour après jour un véritable scandale. Il faudra sans doute attendre que l'ouvrage soit achevé, s'il l'est un jour, avec un dépassement des coûts gigantesques, pour faire aboutir un train dans une gare déserte, qui n'aura tout simplement rien prévu pour accueillir les travailleurs frontaliers.

Pauvre Genève! Ouvre les yeux!

*Mauro Poggia, vice-président du MCG
Eric Stauffer, président du MCG*

L'Exécutif de la Ville insulte les personnes d'origine étrangère

Le Conseil administratif défenseur des criminels!

Les 5 membres de l'Exécutif de la Ville de Genève s'opposent à l'initiative pour l'expulsion des criminels. Ils défendent la libre-circulation du crime. Ils insultent les résidents étrangers en les assimilant à des criminels. C'est un amalgame dangereux, que le MCG juge intolérable.

A défaut de défendre les résidents genevois suisses ou étrangers le Conseil administratif se fait l'avocat des criminels. Au lieu de s'occuper de l'insécurité, du chômage ou de la crise du logement, les cinq

membres de l'Exécutif de la Ville de Genève ont organisé une conférence de presse pour s'opposer à l'initiative réclamant l'expulsion des criminels.

Amalgame dangereux

Par cet acte politique, le Conseil administratif de la Ville défend les touristes de la criminalité, venus à Genève dans le seul but de commettre des crimes et n'ayant pas de domicile dans notre canton. Tout ceci au nom d'un internationalisme marxiste dégénéré.

Mais il y a plus grave, puisqu'ils font un amalgame dangereux entre étrangers bien intégrés et établis à Genève d'un côté et, de l'autre, les criminels. Le MCG, qui compte de nombreux sympathisants et membres d'origine étrangère, est bien placé pour dénoncer la politique irresponsable du Conseil administratif. C'est d'ailleurs le seul mouvement qui défend les étrangers et les personnes d'origine modeste, qui ont été oubliés par les autres partis.

Les étrangers premières victimes des criminels!

Les résidents genevois suisses ou étrangers souffrent de la montée de l'insécurité ainsi que du dumping salarial organisé conjointement par la gauche et la droite. Et bien souvent, les personnes d'origine étrangère sont les premières victimes de cette criminalité qu'il faut combattre.

Un magistrat écologiste a défendu, lors de la conférence de presse, les «droits des minorités»: il s'agit des dealers, cambrioleurs et autres délinquants professionnels, minorité bien protégée en Ville de Genève, comme chacun peut le constater en allant dans certains quartiers. La gauche reconnaît enfin qu'elle défend les criminels alors que les

étrangers honnêtes se retrouvent les premières victimes de cette politique irresponsable.

Toujours lors de cette conférence de presse, une magistrate socialiste a estimé que les criminels nous apportent une «richesse culturelle». Pour un cambrioleur ou un dealer, on voit très clairement de quelle richesse il s'agit. On nous propose une politique de haut vol!

Pour un vrai changement avec le MCG

D'un point de vue plus général, et indépendamment de la question posée, le Conseil administratif de la Ville tient à forcer la main des électeurs. Ce procédé est bien peu démocratique et fait penser à une République bananière, ce à quoi ressemble de plus en plus la Ville de Genève, en raison d'une majorité de gauche irresponsable et d'une droite si faible qui s'aligne sur la gauche.

Il faut enfin un vrai changement en Ville de Genève, que permettra une arrivée importante au Conseil municipal du MCG, représentatif de toutes les couches sociales et de toutes les origines.

Carlos Medeiros, président de la Section Ville de Genève

L'affaire Lumengo

Grave fraude électorale socialiste

Les socialistes qui avaient lâchement attaqué le premier MCG qui a été élu comme Maire, Thierry Cerutti, se retrouvent pris la main dans le sac. Leur conseiller national Ricardo Lumengo a commis une très grave fraude électorale en rédigeant de sa main 44 bulletins. Le MCG a été blanchi, tout en étant dénigré de manière scandaleuse par des socialistes et autres verts, qui eux se permettent n'importe quoi. C'est la loi du deux poids deux mesures!

Il y a une certitude: les socialistes sont coupables dans l'affaire Lumengo. Et on s'étonne de la complaisance dont bénéficie ce conseiller national. Quand on pense à l'enquête gigantesque demandée par le juge socialiste qui a fait analyser les bulletins de vote du MCG lors de l'élection du Conseil administratif à Vernier en 2007, on reste songeur. Rappelons que les Verts étaient à l'origine de la dénonciation. Cela sent vraiment bien mauvais.

Rappelons que le magistrat MCG Thierry Cerutti a été entièrement blanchi. Mais cela n'a pas empêché de bloquer son élection: la loi n'est pas la même que l'on soit socialiste ou MCG. C'est indigne. Pour finir,

le MCG a réalisé un exploit puisque son candidat au Conseil administratif a été élu deux fois. Les électeurs ne se sont pas laisser trompé par ce coup bas assez minable.

Halte aux magouilles du PS!

Au contraire, le socialiste Lumengo, qui a clairement fraudé, n'a pas vu son élection annulée. Entre les socialistes et le MCG, il y a clairement deux poids deux mesures. C'est une grave atteinte à la démocratie une de plus portée par les socialistes et les verts.

On se souvient de l'indigne campagne de dénigrement contre le MCG et Thierry Cerutti, procédés indignes d'une démocratie. Par ailleurs, on observe avec étonnement la faiblesse de la peine qui frappe le socialiste Ricardo Lumengo. Il voulait seulement rendre service, nous dit-on. Mais de qui se moque-t-on? Il a donc seulement fraudé pour être utile aux autres, et au passage à lui-même. Comment peut-on gober ça?

Il est temps que les Citoyens soient enfin respectés et que ces magouilles politiques prennent fin.

François Baertschi, secrétaire général du MCG

Zürcher Gemeinderat

Erfolgsmeldungen!

Golfplatz-Projekt Herrenberg in Bergdietikon/AG gescheitert...

Am 28. November 2010 haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Bergdietikon (AG) die Zonenplanänderung für den Bau eines Golfplatzes von fast einem Quadratkilometer Grösse abgelehnt. Die Stadt Zürich hätte dafür 25 ha bestes Kulturland an die Golfplatzbetreiber verkaufen sollen. Ein Postulat von Patrick Blöchlinger (SD), mit dem der Zürcher Stadtrat eingeladen wird, auf den Landverkauf zu verzichten und das Landwirtschaftsland stattdessen an ansässige Bauern zu verpachten, wurde vom Zürcher Stadtparlament vor einiger Zeit angenommen. **Wir fordern den Stadtrat auf,**

nun mit der Verpachtung an Bauern vorwärts zu machen!

5,3 ha Landwirtschaftsland in Zürich-Unteraffoltern gerettet!

Mit einem Postulat verlangte SD-Gemeinderat Patrick Blöchlinger, dass die nach der Betriebsaufgabe eines Landwirts in Unteraffoltern «frei» gewordenen 5,3 Hektaren Landwirtschaftsland nicht eingezont und überbaut, sondern an Landwirte verpachtet werden. Dies ist inzwischen geschehen, nachdem der Stadtrat von seiner Überbauungsidee abgekommen ist. Das Postulat konnte deshalb am 1. Dezember 2010 vor der Ratsdebatte **als erfüllt** zurückgezogen werden.

Leserbriefe

Aber, aber, Herr Leuenberger!

An ihrem Parteitag beschloss die SP, den Kapitalismus zu überwinden. Erstaunlich, dass sich nun ausgerechnet der ehemalige SP-Bundesrat Leuenberger in den Verwaltungsrat der Baufirma Implenia AG wählen lassen will. Zu seinem Aufgabebereich dürfen aber weder die Schaffung eines betriebsinternen Gleichstellungsbüros, einer Kindertagesstätte noch einer anderen sozialen Einrichtung gehören. Denn die kapitalistisch orientierte Implenia AG erzielt 40 % ihres Umsatzes mit Aufträgen der öffentlichen Hand, u.a. mit dem Bau der NEAT. Leuenberger ist mit den Vergebungsmecha-

nismen von Bundesaufträgen natürlich bestens vertraut. Die entsprechenden Entscheidungsträger, also seine früheren Untergebenen, kennt er persönlich. Daher ist sein mit 100 000 Franken pro Jahr dotierter 20%-Job für die Implenia AG eine kluge Investition, vor allem aber ein Wettbewerbsvorteil. Für die SP-Genossen hingegen ist der Seitenwechsel Leuenbergers eine herbe Schlappe. Denn der ehemalige 68-er Revoluzzer trägt nichts mehr zur Überwindung des Kapitalismus bei. Im Gegenteil, er ist selber ein Helfer des Kapitalismus geworden!

Otto Weiersmüller, Utikon

Atommüll ungelöst

Radioaktive Abfälle strahlen teilweise während gut einer Million Jahren. Diese enorme Zeitspanne macht es schwierig, einen angemessenen Umgang mit dem Atommüll zu finden. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle «Nagra» hat zwar ein Konzept zur Lagerung vorgelegt, doch es ist ungenügend und das Grundproblem bleibt bestehen: Die Sicherheit ist über die notwendigen Zeiträume nicht garantiert.

Viele technische Unklarheiten wurden im Nagra-Konzept nicht beseitigt: zum Beispiel Fragen der Gasbildung, der Wärmeabfuhr oder des Lagerdesigns. Doch die grösste Herausforderung ist die extrem lange Strahlungsdauer der radioaktiven Abfälle. Auf diese Fragen

hat die Nagra keine Antworten:

- Wie kann das Lager während 1 000 000 Jahren kontrolliert werden?
- Wie kann das Lager während 1 000 000 Jahren markiert bleiben?
- Wie kann das Lager während 1 000 000 Jahren vor Naturereignissen geschützt werden?

Es kann nicht sein, dass der Atommüll nach dem Prinzip «Aus den Augen, aus dem Sinn» vergraben wird. Doch heute ist genau das vorgesehen: Weder eine langfristige Überwachung noch Möglichkeiten der Rückholbarkeit sind eingeplant. Das Bundesamt für Energie hat auf kantonaler und regionaler Ebene bereits eine Vielzahl von Gremien und Treffen organisiert. Momentan führt es öffentliche In-

foveranstaltungen in den betroffenen Regionen durch. Die Schweizerische Energie-Stiftung begleitet diese Anhörung kritisch. Die Bevölkerung wird zwar in den Prozess einbezogen, rechtliche Möglichkeiten, sich gegen ein Lager zu wehren, bestehen allerdings keine. Das mittelbare Vetorecht wurde der Bevölkerung mit dem neuen Kernenergiegesetz 2005 entzogen: Es sind keine kantonalen Abstimmun-

gen mehr möglich. Es bleibt nur noch die Option eines fakultativen Referendums auf nationaler Ebene. Die Schweizerische Energie-Stiftung lädt die Widerstandsgruppierungen aller betroffenen Regionen regelmässig zu Absprachen ein. Ziele sind eine gemeinsame Strategie und ein besseres Lagerkonzept.

*Sabine von Stockar
in Schweiz. Energiestiftung*

Die ausgewechselte Landschaft

Oh Ballenberg, oh Ballenberg, renaturierter Landschaftszwerg. Die Schweizer Häuser, hier versammelt, sie wären sonst zerstört, vergammelt. Inselhafter Schutz, entflieht dem schweizerischen Schmutzgebiet. Natur nur noch in Reservaten. Ansonst ein Beton-Siedlungs-«Garten». Landschaftszerstörung, Spitzenreiter, ein Bundesamt, das macht nicht weiter. Dramatischer Vollzugsnotstand, kein griffiges Gesetz zur Hand. Was sagen uns die Baubarone? Lauthals in unverschämtem Tone, Kampf den Umweltschutzgesetzen, sind dazu da, sie zu verletzen. Umweltverbände, «angekettet», Natur im Notrecht kaum gerettet. Gemeinden machen was sie wol-

len, nur keine Umweltschutzkontrollen. Der Landschaftsrest total versaut, das Schweizer Land bald ganz zugebaut. Die Politik der langen Zügel, zerstört die Berge, Seen, Hügel. Von der Wiege bis zur Bahre, Rendite ist das einzig Wahre! Zersiedeln, uferloses Bauen, man kann den Augen kaum noch trauen. Die Raumplanung, sie tritt am Ort, bald hat das Volk das letzte Wort: **Das Waldgesetz gilt auch fürs Land, sonst endet alles nur im Sand. Bauzonen, 20 Jahre STOP! Sonst wird das Schutzgesetz zum FLOP.**

Seid ihr nicht alle bar von Sinnen Lasst für ein JA-Wort euch gewinnen. **Ja zur Landschaftsinitiative!**

Armand Peytrignet, Poet

Buchhinweis

Zurück zur Frau – Das Buch von René Kuhn...

Nach dem «Sommerskandal» um den Blog-Eintrag von René Kuhn gibt es jetzt das Buch **«Zurück zur Frau – Weg mit den Mannsweibern und Vogelscheuchen, ein Tabubruch»**. Das Buch ist zu einem unverbindlichen Verkaufspreis von CHF 32.90 bei jeder Buchhandlung oder bei über 1000 Online-Buchhandlungen erhältlich.

Heiland-Sandalen statt eleganter Damenschuhe, Wuschelpullover und schlecht geschnittene Jeans statt ein Deux-pièces, Rucksack statt einer eleganten Handtasche – das alltägliche triste Frauenbild auf unseren Strassen. Doch damit nicht genug: Viele unserer Frauen glauben ernsthaft, es sei Zeichen ihrer Emanzipation, wie Männer herumzulaufen. Wimperntusche, Lippenstift, Nagellack oder auch nur ein bisschen Rouge sind deshalb verpönt. Resultat: Viele Frauen laufen wie Vogelscheuchen umher. Und es kommt noch schlimmer: Zahlreiche Frauen schmeissen immer häufiger ihre Beziehung zu einem Mann weg – ohne zu vergessen, ihren Ex dabei



kräftig auszunehmen.

Dies ist alles das Resultat von 40 Jahren Geschlechterkampf, der längst zu einer Ungleichbehandlung der Männer geführt hat. Diese Zustände führen dazu, dass sich immer mehr Männer nach einer ausländischen Ehefrau umschauen. Diese halten die traditionellen Werte wie Familie und «Mutter sein» hoch – sehen dabei noch wie richtige Frauen aus und sind stolz darauf, Frau zu sein. Für unsere Frauen kann das nur bedeuten: Finden Sie zurück zu Ihrem Wesen als Frau. Der Geschlechterkampf ist eine Sackgasse.

Anmerkung der SD-Redaktion: Ja zur Meinungsfreiheit! Der Inhalt dieses Buches ist jedoch nicht 100-prozentig realistisch. Auch René Kuhn hat noch in vielem einen Nachholbedarf!

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Ausschaffungsinitiative erwartungsgemäss angenommen

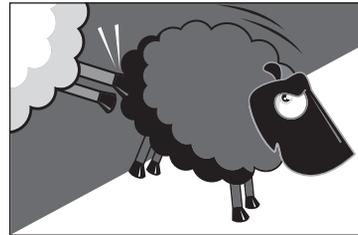
Die Leute haben einfach die Nase voll!

Kein Tag, kein Wochenende gehen mehr vorbei, ohne dass Bürgerinnen und Bürger durch kriminelle Elemente zu Schaden kommen. Meist sind die Täter männlich, Ausländer oder Kriminelle mit Migrationshintergrund.

Mit fast einer 53-prozentigen Mehrheit stimmte der Souverän bei einer über 50prozentigen Stimmbeteiligung(!) der SVP-Ausschaffungsinitiative zu.

Was wurde nicht alles von den Initiativgegnern, vorab von Parteien der sogenannten «politischen Mitte» und von «links», im Vorfeld der Abstimmung gegen dieses Volksbegehren ins Feld geführt. Nicht völkerrechtskonform sei diese Volksinitiative, hiess es immer wieder! Sogar die neue Bundesrätin Simonetta Sommaruga bliess noch am Abstimmungssonntag in Interviews in dieses (falsche) Horn. Frage: Weshalb wurde denn die Initiative überhaupt zur Abstimmung gebracht, wenn...?

Mit einem unnützen Gegenvorschlag versuchten die obgenannten Antidemokraten der Ausschaffungsinitiative das Wasser abzu-



graben. Sogar ein «Ausländer-Integrationsprogramm» wurde in den Gegenvorschlag hineingepackt, nur um so die Linken und Grünen ins «richtige» Boot holen zu können.

Aber auch dieser miese Trick hat bei den Stimmbürgern nicht verfangen, denn diese wollen, dass kriminelle Ausländer nach Verbüsung ihrer Gefängnisstrafe ausgeschafft – und nicht durch milde Richterurteile in der Schweiz behalten werden.

Was wir brauchen ist Solidarität mit den Opfern von Gesetzesbrechern und nicht falsch verstandene Humanität mit Kriminellen...

Das Parlament in Bern, wie auch der Bundesrat, haben nun den Auftrag gefasst, raschmöglichst die ge-

setzlichen Grundlagen zur Ausschaffungsinitiative umzusetzen und zu verabschieden.

Dabei dürfen die klaren und strengen Vorgaben der Initiative nicht durch Berner Polit-Bürokraten verwässert werden. FDP, CVP, SP und Grüne haben beim Souverän für ihre diesbezüglichen Vorschläge und Empfehlungen eine klare Abfuhr erhalten. Dies ist nun einmal so bei einer Volksabstimmung mit einem solchen Resultat!

Das Abstimmungsergebnis ist 1:1 umzusetzen! Und was uns Schweizer Demokraten speziell freut: Ohne die Unterstützung (die Schweizer Demokraten haben im Abstimmungskampf weit über 200 000 Sonderzeitungen zugunsten der Ausschaffungsinitiative unter die Leute gebracht!) wäre das Endergebnis wohl kaum so herausgekommen. Auch wenn die SVP-Direktion diese Tatsache vermutlich nicht wahrhaben will – ist dies die ungeschminkte Wahrheit! Auch die SVP kocht eben nur mit Wasser...

Schweizer Demokraten,
SD-Parteileitung

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse, 3001 Bern

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Goldene Weihnachtsspende?

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Uns ist es ein tiefes Bedürfnis, Ihnen für Ihre Unterstützung und Sympathie, welche Sie unserer heimatstreuen Politik im zur Neige gehenden Jahr entgegengebracht haben, von Herzen zu danken. Freunde – wie Sie – helfen entscheidend mit, dass Volksabstimmungen wie jene vom 28. November 2010, zur längst fälligen Ausschaffung von kriminellen Ausländern, endlich gewonnen werden können.

Damit wir uns aber auch künftig mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung, Einwanderung und Überbevölkerung unserer geliebten und schützenswerten Heimat einsetzen können, sind wir auch im kommenden Jahr auf Ihre ideelle und materielle Unterstützung angewiesen. Mit Ihrer Weihnachtsspende helfen Sie uns, im täglichen politischen Kampf mit etwas weniger Geldsorgen bestehen zu können.

Silber und Gold für die Heimat

Haben auch Sie noch zu Hause Goldschmuck, Golduhren und Markenuhren, die Sie nicht mehr tragen oder aus der Mode gekommen sind, die evtl. gar defekt sind

oder aus Erbschaften stammen? Auch Goldvreneli und andere Goldmünzen, Medaillen wie auch Silberbesteck oder Silbermünzen sind als Weihnachtsspende herzlich willkommen. Der Erfolg unserer Arbeit hängt auch von Ihrer Unterstützung ab. Deshalb zögern Sie nicht, noch vor Weihnachten in Ihren Schubladen nachzuschauen. Vielleicht finden Sie ja längst vergessene Schätze, die Sie Ihrer Par-

tei spenden könnten. Wir sind Ihnen zu grossem Dank verpflichtet und wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.

Schweizer Demokraten (SD)
Markus Borner, e. Grossrat
SD-Vizepräsident
Rudolf Keller, e. Nationalrat,
e. SD-Zentralpräsident
Bernhard Hess, e. Nationalrat
SD-Geschäftsführer

SD-Weihnachtsspende «Silber und Gold für unsere Heimat»

Ja, auch ich beteilige mich an der diesjährigen SD-Weihnachtsspendeaktion und lasse Ihnen folgende Gegenstände zukommen:

_____ (Anzahl) _____ Bezeichnung (z.B. Goldvreneli, Goldschmuck, Goldmünzen, Medaillen, Silberbesteck, Silbermünzen usw.)

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

Ort _____

Bitte – bei höherem Wert evtl. mit «Einschreiben» – einsenden an Zentralsekretariat, Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern

